



Deutsche Polizei

Nr. 11 November 2004

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



GdP-AKTION:
Nichtraucher werden!

In dieser Ausgabe:

Völlig legal:
Einkaufsummel mit
Maschinenpistole

Unseriös:
Pseudo-Polizeiverlage

Zur Person:
Terrorismusexperte
Berndt Georg Thamm

GdP-Leistung:
Diensthaftpflicht-
versicherung

Exportschlager:
„Militärpolizei“

Toner:
Dicke Luft in Dienststellen

2 KURZ BERICHTET

Pressekonferenz:
Schlagkräftige Bundesfinanzpolizei gefordert

Diskussion:
*Polizist und Soldat – zwei
verschiedene Berufe*

4 KOMMENTAR

Reform des Beamtenrechts:
Leistung ungenügend

4/5 AKTUELL

Das Kürzungskonzept
GdP zum Eckpunktepapier „Neue Wege
im öffentlichen Dienst“

6 TITEL/GdP-AKTION: NICHTRAUCHER WERDEN

Ab heute getrennt!

7 *Auch drei Zigaretten pro Tag schaden*

10 *Tabakbedingte Krankheitshäufigkeit
und Sterblichkeitsrate*

12 *Was Rauchen bringt*

13 *Abhängigkeit und Entzugserscheinung*

13 *Die ersten Tage*

16 *Besser oben ohne: 12 wirkungsvolle
Tipps für den Weg in die (Rauch-) Freiheit*

WAFFENRECHT 18

*Völlig legal:
Einkaufsbummel mit Maschinenpistole*

RECHT 23

*Ungenehmigte Nebentätigkeit – OVG
entfernt Polizeibeamten aus dem Dienst*

ZUR PERSON: BERNDT GEORG THAMM 24

*Seit 25 Jahren Expertenwissen in den
Dienst der GdP gestellt*

FORUM 29

INTERNATIONALES 31

Wiederholungstäter

„Militärpolizei“ als Exportschlager 32

GdP-AKTUELL 36

Diensthaftpflichtversicherung

ARBEITSSCHUTZ 37

*Forschungsprojekt zur Lebensarbeitszeit der
Polizeibeamtinnen und -beamten*

ARBEITSSCHUTZ 38

Dicke Luft in Dienststellen – Zeit zu handeln!

Titelbild:
Foto und Titelgestaltung
Rembert Stolzenfeld



Deutsche Polizei



Druckauflage dieser Ausgabe:
189 944 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Nr. 11 • 53. Jahrgang 2004 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a
vom 1. April 2003

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

PRESSEKONFERENZ:

Schlagkräftige Bundesfinanzpolizei gefordert

Deutschland brauche die Wandlung des Zolls in eine moderne, schlagkräftige und effiziente Bundesfinanzpolizei, die dem international organisierten Schmuggel-, Wirtschafts-, Finanz- und Betrugsdelikten schnell und flexibel auf hohem Niveau be-

vertretern warfen der GdP-Bundesvorsitzende, Konrad Freiberg, der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundesgrenzschutz, Josef Scheuring, der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Bundesfinanzpolizei Hannover, Ansgar Menke, und Walter Groß, IG

formunwilligkeit des Bundesministeriums. Statt einer sinnvollen Zusammenführung aller finanzpolizeilichen Vollzugsdienste im Geschäftsbereich des BMF werde eine neue „Behörde“ (Finanzkontrolle Schwarzarbeit – so der Arbeitstitel) geschaffen.

Die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit, so Freiberg und Scheuring, müssten in die bereits vorhandenen Vollzugsdienststrukturen des Zolls eingebettet werden. Es mache keinen Sinn, dass „einerseits der Zollfahndungsdienst mittlere, schwere und organisierte Wirtschafts-, Betrugs- und Finanzkriminalität verfolgt und parallel hierzu eine weitere Behörde innerhalb der Zollverwaltung eingerichtet wird, die mit einer nahezu spiegelbildlichen Organisation ebenfalls Delikte im Wirtschafts-, Betrugs- und Finanzsektor aufdecken soll.“

Mizi



Brauchen keine neue Behörde: v. l. GdP-BGS-Vorsitzender Josef Scheuring, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg und Walter Groß (IG BAU).

Foto: GdP

gegnet“, forderten GdP und IG Bauen, Agrar und Umwelt (IG BAU) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz Ende September in Hannover.

Vor zahlreichen Medien-

BAU Niedersachsen, dem Bundesfinanzministerium (BMF) vor, lediglich eine „Symbolpolitik“ zu betreiben. Zudem kritisierten die Gewerkschaftsvertreter die Re-

GRATULATION:

Heinz Blatt wurde 70

Der Vorsitzende der Seniorengruppe Bund, Heinz Blatt, hat im vergangenen Monat seinen 70. Geburtstag mit Familie und lieben Freunden feiern können. Bundesvorsitzender Konrad Freiberg würdigte insbesondere seinen hoch engagierten Einsatz in der GdP seit 1959 – zuerst in der Personalratsarbeit, seit 1994 als Bundes- und Landesvor-



Herzlichste Glückwünsche! Heinz Blatt (l.) mit Konrad Freiberg

sitzender (Rheinland-Pfalz) der Senioren der GdP.

Der Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande hat bewiesen, wie viel man als überzeugter Gewerkschafter für das Wohl der Kolleginnen und Kollegen bewegen und erreichen kann. Wer Heinz Blatt kennt, weiß, mit wie viel Leidenschaft, Optimismus und tiefer Menschlichkeit er an die Lösung anstehender Probleme geht – und nicht ruht, bis eine zufrieden stellende Lösung gefunden ist.

tetz

BERLIN:

Tarifpolitische Konferenz des DGB: Kräfte bündeln

Nach acht Jahren Abstinenz fand am 27. September 2004 in Berlin wieder eine Tarifpolitische Konferenz des DGB statt. Wie der DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, in seiner Eröffnungsrede hervorhob, sei es nötig beim Herzstück gewerkschaftlicher Interessenvertretung die Kräfte stärker zu bündeln. Der Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes Reinhard Kuhlmann, knüpfte daran an: Im Interesse des Erhalts von Arbeitsplätzen würden immer weitere Abstriche hingenommen. Gemeinsam müsse dafür in Europa gekämpft werden, dass bei der Erhöhung der Nominallöhne in jedem Land die Produktivitätssteigerung und die

Inflationsrate berücksichtigt werden.

In drei Foren befassten sich die Teilnehmer der Konferenz mit den Themen: Überbetriebliche Tarifverträge – Erfolgs- oder Auslaufmodell in der Wirtschaftskrise?, Arbeitszeit – betriebliche Manövriermasse oder wertvolle Ressource? und Mindestlohn – Fundament oder Gefahr für die Tarifautonomie?

Im Abschlussforum wurden die unterschiedlichen Positionen zu den Themen deutlich, aber in einem Punkt waren sich alle einig: Die Gewerkschaften und Industriegewerkschaften müssen wieder enger zusammenrücken.

bern

NIEDERSACHSEN:

Erster Beccaria-Kongress

Der Landespräventionsrat Niedersachsen hat mit finanzieller Unterstützung des AGIS-Programms der Europäischen Kommission ein Projekt ins Leben gerufen, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Qualität kriminalpräventiver Arbeit in Europa nachhaltig zu verbessern. Im Rahmen dieses Beccaria-Projekts findet vom 20. bis 22. Januar 2005 in Hannover die 1. internationale Beccaria-Konferenz statt. Ziel der Konferenz wird es sein, sowohl Visionen als auch Handlungsschritte für mehr Qualität in der Kriminalprävention zu entwickeln. Informationen zur Konferenz und zum Projekt unter www.lpr.niedersachsen.de

tetz

BRANDENBURG:

„Korrigierte“ Wahlver- sprechen

Nach den Wahlen am 19. September 2004 in Brandenburg war sehr schnell klar: Die alte Rot-Schwarze Koalition wird auch die neue sein – allerdings keine Grosse Koalition mehr sondern eher eine kleine, denn SPD und CDU verloren beide ca. 7 % an Wählerstimmen.

Bereits im Wahlkampf hatte die GdP kritisiert, dass Fragen der Inneren Sicherheit in den Wahlprogrammen der Parteien nur eine untergeordnete Rolle spielten und vermutet, dass es auch bei der Polizei zu einem weiteren Stellenabbau kommen wird. Während die SPD das nicht dementierte, meinte die CDU noch kurz vor dem Wahltag, dass für die Polizei mit 725 Stellenstreichungen ein ausreichender Einsparbeitrag erbracht worden sei. Nun wären die anderen Ressorts dran. Doch schon nach drei Wochen waren sich die Koalitionäre einig, dass weitere 8.000 Stellen im Landesdienst gestrichen werden und Polizei sowie Justiz davon nicht ausgenommen sind. Genaue Zahlen für die Polizei wurden im Koalitionsvertrag nicht festgelegt; die GdP geht von mindestens 500 Stellen aus.

Andreas Schuster, GdP Landesbezirksvorsitzender in einer Presseerklärung dazu: „Ein weiterer Personalabbau in der Polizei ist ohne erhebliche Abstriche an der Inneren Sicherheit nicht möglich. Die Polizei hat durch den reformbedingten Stellenabbau und durch die Arbeitszeitverkürzungen im Rahmen des Solidarpaktes mehr als polizeilich vertretbar ihre Vorleistung gebracht. Dienstschichten gerade mal in Mindeststärke, ein hoher Krankenstand und Überstunden in Größenordnungen sind bereits jetzt die Auswirkungen. Ein weiterer Stellenabbau wird diese Situation unerträglich verschärfen, die Motivation weiter senken und die neue Polizeistruktur endgültig in Frage stellen.“

bern

DISKUSSION:

Polizist und Soldat – zwei verschiedene Berufe

Gemeinsame Sorge beim Verband Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) und der Gewerkschaft der Polizei: Die Berufsbilder des Polizeibeamten und des Soldaten drohen mehr und mehr miteinander vermengt zu werden. Bei einem Besuch von Vorstandsmitgliedern des VSPB Ende September 2004 bei der GdP in Berlin war man sich einig, dass eine solche Verwischung der klaren Trennung zwischen Militär und Polizei letztlich zu Lasten der Qualität der Arbeit geht – und zwar auf beiden Seiten.

Aktueller Anlass der Diskussion war der Beschluss der EU-Verteidigungsminister eine Gendarmerie-Einheit für den Einsatz in Krisengebieten aufzubauen. Diese Einheit soll nach der Idee der französischen Verteidigungsministerin Michelle Alliot-Marie die Lücke zwischen Militär und ziviler Polizei schließen. Der Vorschlag kommt nicht von ungefähr aus Frankreich, dort kennt man ebenso wie in Italien und Spanien seit Napoleons Zeiten einen solchen Zwitter: Vom Status her Soldaten, von der Aufgabe her auch zuständig für die Innere Sicherheit.

„Eine solche Einheit ist weder Fisch noch Fleisch“, kritisierte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg das Vorhaben. Die Verfechter der Idee entlarvten sich

selbst, wenn sie davon sprächen, polizeiliche Aufgaben wie bei dem Schutz von rückkehrenden Flüchtlingen oder von Gebäuden durch eine solche Truppe lösen zu lassen. „Wenn von polizeilichen Aufgaben die Rede ist, sollen sie auch von Polizisten wahrgenommen werden.“

Freiberg würdigte, dass der deutsche Verteidigungsminister

führen, polizeiliche und militärische Aufgaben zu vermengen. So habe die Schweizer Bundesregierung die Absicht, das Heer zu verkleinern, das überzählige Personal könne man ja in einem Schnellkurs zu Polizisten umschulen. Bezeichnenderweise habe man, so VSPB-Präsident Heinz Buttauer, eine ehemalige Kaserne vorgesehen, um solche



Angeregte Diskussion bei der GdP in Berlin: (v. l. n. r.) GdP-Geschäftsführer Wolfgang Dicke, Eurocop-Präsident Heinz Kiefer, Jean-Pierre Zehnder (VSPB), Heinz Buttauer (VSPB-Präsident), Josef Dittli (VSPB), Jean-Pierre Monti (VSPB-General-Sekretär) und GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg
Foto: Holecsek

Dr. Peter Struck eine deutsche Beteiligung unter Hinweis auf das hieszulande geltende Trennungsgebot zwischen Polizei und Militär hingewiesen habe. Die Schweizer Kollegen wussten aus eigener Erfahrung ein weiteres Beispiel für den Versuch anzu-

Kurse durchzuführen. Buttauer: „Polizist ist in der Schweiz ein anerkannter Ausbildungsberuf. Daran halten wir fest. Das sind wir auch den Bürgern schuldig, die Anspruch haben auf polizeiliche Qualitätsarbeit“.

W. D.

BREMEN:

10. Europäischer Verwaltungsreformkongress

Vom 6. bis 7. Oktober 2004 fand in Bremen der 10. Europäische Verwaltungsreformkongress statt. Veranstalter war die Hochschule Bremen.

Der Kongress gehört sowohl unter nationalem als auch europäischem Blickwinkel zu den führenden Veranstaltungen in Sachen Verwaltungsreform.

Themenbereiche waren u. a.:

- Gestalten und intelligent sparen in finanziell schwierigen Zeiten – Innovative kommunale Praxisbeispiele
- Geschäftsprozesse bei der Polizei neu organisieren
- „Flexicurity“ und effektives Arbeitsmanagement auf lokaler Ebene – Theorie und er

folgreiche Praxisbeispiele aus Europa

- Der EU-Verfassungsvertrag und seine Auswirkung auf die Länder und Kommunen – Expertenforum

Weitere Informationen unter: www.evrk.de

mü

KOMMENTAR

Reform des Beamtenrechts: Leistung ungenügend

Leistung muss sich lohnen. Stimmt. Das sagen wir schon lange. Aber das Problem ist bekannt: Wie misst man Leistung bei den Beamten im Allgemeinen und bei der Polizei im Besonderen?

Jetzt ist das Problem gelöst. Im Handumdrehen. Der stauenden Öffentlichkeit präsentierte sich ein Triumvirat der „Macher“: Bundesinnenminister Otto Schily, Beamtenbundschef Peter Heesen und ver.di-Vorsit-



zender Frank Bsirske. Am 4. Oktober 2004 legten sie gemeinsam ein Eckpunktepapier zur Reform des Beamtenrechts vor.

Sie waren voll des Lobes – über sich selbst. Bürgerorientierung, Qualität und Wirtschaftlichkeit des Öffentlichen Dienstes seien mit ihrem Entwurf für die Zukunft gesichert. Damit ist klar: Wer jetzt noch etwas an dem Entwurf auszusetzen hat, ist ein ewig Gestriger, basta!

Das ist eine Frage der Perspektive. Denn wenn Unehrlichkeit und unsolidarisches Handeln zukunftsweisend sein sollen, dann sind wir gerne Traditionalisten.

Was nämlich als grundlegende Reform des Beamtenrechts daher kommt, die endlich fleißige

von faulen Beamten zu unterscheiden und demzufolge differenziert zu bezahlen vermag, ist in Wahrheit ein zusätzliches Sparprogramm – zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen. Das „leistungsbezogene Bezahlungssystem“ soll – so heißt es – die individuelle Leistung honorieren, festgestellt aufgrund von Leistungsbewertungen.

Und wer misst das auf welche Weise? Dazu gibt es Worthülsen, aber keine konkrete Antwort. Genau das ist aber doch der springende Punkt, wie wir seit Jahren wissen.

Ja, und dann die Flexibilität. Das Eckpunktepapier fordert „intelligente Arbeitszeiten“. Wenn dem so ist, dann muss die Intelligenz bei der Polizei zu Hause sein. Denn bei uns wird immer schon rund um die Uhr gearbeitet, sieben Tage die Woche. Es fällt schwer, angesichts solcher „intelligenter“ Vorschläge nicht in Sarkasmus zu verfallen.

Eigentlich waren die notwendigen und sehr intensiven Gespräche zur Reform des Beamtenrechts längst im Gange. Parallel zu der Prozessvereinbarung zur grundlegenden Reform des Tarifrechts war vernünftigerweise vereinbart worden, auch das Beamtenrecht von Grunde auf zu reformieren. Im Laufe dieses Jahres führte daher das Bundesinnenministerium auf Arbeitsebene Gespräche mit Vertretern des DGB und des DBB. In der DGB-Arbeitsgruppe war natürlich auch die GdP vertreten. Diese Gespräche waren noch lange nicht so weit gediehen, als dass man von einem einvernehmlichen Ergebnis hätte sprechen können.

Und dann setzten Schily, Heesen und Bsirske zum Überholen an: Ohne jede Rücksicht auf die laufenden Gespräche wurde plötzlich ein fertiges Eckpunktepapier präsentiert.

Aus unserer Sicht ein zusätzliches Ärgernis: ver.di-Chef Frank Bsirske hatte den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer forsch überholt. Denn der DGB – und nicht ver.di – ist zuständig für Beamtenpolitik.

Niemand aber hatte Frank Bsirske ein Mandat erteilt, im Namen des DGB oder einer Mitgliedergewerkschaft zu verhandeln. Weder der DGB-Vorsitzende noch die DGB-Arbeitsgruppe waren über die nebenher geführten „Geheimverhandlungen“ mit DBB und ver.di informiert.

Der Schaden war also ein doppelter:

- erstens ein Konzept, das den Namen „Reform“ nicht verdient,
- zweitens eine Missachtung gewerkschaftlicher Solidarität, die ihresgleichen sucht.

Im DGB-Bundesvorstand herrschte also „dicke Luft“. Die übrigen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, also GEW und TRANSNET, waren genauso empört über den Alleingang von ver.di wie wir. Jetzt müssen wir sehen, dass wir das Thema wieder aufs richtige Gleis setzen, also die Gespräche in der Arbeitsgruppe fortsetzen.

Dabei muss vor allem der Wahrheit die Ehre gegeben werden. Wenn einseitig gespart werden soll, dann muss das erklärt und nicht als „leistungsbezogenes Bezahlungssystem“ getarnt werden.

Wo von Leistung gesprochen wird, ist in Wahrheit die Kassenlage gemeint. Der Dienstherr will einseitig bestimmen, was er ausgeben möchte. Dem ist die tatsächlich von den Kolleginnen und Kollegen erbrachte Leistung untergeordnet.

Das aber ist nicht der Weg in die Zukunft, das ist schlicht der Rückschritt in vordemokratische Abhängigkeiten, weil genauso schon zu Kaisers Zeiten gedacht wurde.

AKTUELL

Parallel zu den Verhandlungen über eine Neugestaltung des Tarifrechts wurden im BMI Gespräche über eine Reform des öffentlichen Dienstrechts geführt. Die Gespräche der beiden Spitzenorganisationen fanden in getrennten Sitzungen statt. Die GdP war in der DGB-Delegation vertreten.

Vereinbart war mit dem BMI, erst an die Öffentlichkeit, auch gewerkschaftsöffentlich, zu treten, wenn ein Konsenspapier vorliegt. Überraschend legten die Vorsitzenden von ver.di und des Deutschen Beamtenbundes gemeinsam mit Otto Schily am 4. Oktober 2004 in einer Pressekonferenz das von ihnen unterzeichnete Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ vor.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg qualifizierte dieses Vorgehen als einen Vertrauensbruch und betonte, dass ver.di kein Verhandlungsmandat für die Spitzenorganisation DGB habe. In der DGB-Bundesvorstandssitzung am 5. Oktober 2004 bekräftigte er, dass der DGB und seine öD-Mitgliedsgewerkschaften nicht an das Eckpunktepapier gebunden seien. Die DGB-Bundesbeamtenkommission unterstützte auf ihrer Sondersitzung am 13. Oktober 2004 mit einer Entschließung die Haltung der GdP.

Konfliktpunkt „Leistungsbezahlung“

Nach dem Eckpunktepapier müssen Bürgerorientierung, Qualität und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Aufgabenerfüllung verbessert werden. Dazu soll die Eigenverantwortung, Motivation und Leistungsbereitschaft im Öffentlichen Dienst gestärkt werden. Das bestehende Beamtenrecht genügt nach Auffassung der Autoren des Eckpunktepapiers diesen Anforderungen nicht. Sie setzen am Bezahlungssystem an, um hier Abhilfe zu schaffen und zwar durch Verknüpfung des individu-

Das Kürzungskonzept

GdP zum Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“

ellen Einkommens mit der tatsächlich wahrgenommenen Funktion.

Mit der Betonung der leistungsorientierten Besoldung wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, Beamte werden nicht nach Leistung besoldet. Die GdP stellt hierzu fest, dass im Polizeibereich tagtäglich der Nachweis von Leistung erbracht werden muss. Polizeiarbeit ist im Wesentlichen Teamarbeit, so dass Leistungsminderungen Einzelner die Erfüllung der polizeilichen Aufgaben konterkarieren würden. Beförderungen werden nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ausgesprochen. Voraussetzung ist ein dauerhafter Nachweis der Leistung.

Es besteht bereits ein Wettbewerb um die Beförderungsmöglichkeiten, die aufgrund der Stellenobergrenzenregelung stark eingeschränkt sind. Dieser wird noch dadurch verstärkt, dass bei der Bestenauslese für Beförderungsdienstposten auch die Quotierung der Beurteilungsnoten eine Rolle spielt. Infolgedessen hält die GdP die Einführung von Leistungselementen in dieser Form nicht für zukunftsweisend.

Die bisherigen Leistungselemente, Leistungsstufen, Leistungszulagen und Leistungsprämien können schon heute besondere individuelle Leistungen honorieren. Der öffentliche Arbeitgeber hat sich dafür bereits die Möglichkeiten geschaffen. Doch die Anwendung dieser Instrumente ist flächendeckend im Polizeibereich nicht zum Tragen gekommen – und das hat seine Gründe.

Die GdP hat in ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Dienstrechtsreformgesetzes 1997 betont, dass sie sich einer Leistungsbesoldung nicht verschließt. Wichtig ist aber, dass Leistung hinreichend definiert wird und geeignete Messkriterien für die Leistung entwickelt

werden. Das gilt im Polizeibereich insbesondere für die Gefahrenabwehr und Prävention – und dies steht noch aus.

Die GdP wehrt sich dagegen, dass über die Einführung von Leistungsbestandteilen die Grundbesoldung nach dem Eckpunktepapier abgesenkt werden soll. Wird im Bereich der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung besondere Leistung erbracht, hat die Bezahlung dieser Leistung zusätzlich zu erfolgen. Aufgrund dieser Grundhaltung stellt sich die GdP gegen die Aussage des Eckpunktepapiers, wonach Leistung künftig besser zu honorieren ist, um mehr Dynamik und Leistungsbereitschaft zu erzielen.

Bundeseinheitliche Besoldung muss bleiben

Die Aussagen des Eckpunktepapiers zu Gestaltungsoptionen im Besoldungsrecht werden die Länder vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte ermuntern, über ein eigenständiges Bezahlungssystem die Ausgaben für die Besoldung und Versorgung zu senken. Nur werden hier eher arbeitsmarkt- und regionalpolitische Gesichtspunkte prägend sein als Leistungsbestandteile.

Die GdP tritt für eine bundeseinheitliche Besoldung und Versorgung ein und lehnt deshalb eine Regionalisierung der Besoldung und Bezahlungsbandbreiten bis zu zehn Prozent vom Grundgehalt ab. Die erbrachte Leistung eines Polizeibeamten in Hamburg, Stuttgart oder Leipzig muss gleichermaßen bewertet und bezahlt werden. Eine Regionalisierung führt zu Verwerfungen und hat negative Wirkung auf die Motivation der Polizeibeamten bei gemeinsamen länderübergreifenden Einsätzen (Demonstrationen, Castortransporte, Großsportveranstaltungen).

Die mit dem Bundesinnen-

minister vereinbarten Eckpunkte stellen sich für die GdP als ein verstecktes Kürzungskonzept dar: Entlarvend hierbei sind die Aussagen, das neue System soll für die öffentlichen Haushalte keine dauerhaften Mehrkosten verursachen. Dafür sollen bisherige soziale Bestandteile des Besoldungssystems wie der Verheiratenanteil im Familienzuschlag in die Leistungsbesoldung fließen. Die Budgets für die variable Vergütung

DBB und DPoIG jubeln über das Eckpunktepapier: Erfolg auf der ganzen Linie.

- Reduzierung des Grundgehaltes bis auf 95 % per Bundes- bzw. Ländergesetzgebung
- zusätzliche Absenkung des Grundgehaltes (auch bei 95%) im Rahmen der Leistungsbezahlung bis auf 90 % möglich
- Stellenabbau durch Zementierung der 40-h-Woche
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit
- Wegfall des Verheiratenzuschlags

Das kann nicht der Weg der GdP sein!

(Leistungsbezahlung) müssen auf Dauer zur Verfügung stehen und dürfen nicht zur Auffüllung von Haushaltslücken verwendet werden, so das Eckpunktepapier. Das klingt zunächst vernünftig, verhindert aber keineswegs eine Quotierung von Leistungsbestandteilen über eine haushaltsrechtliche Festlegung.

Wenn das Eckpunktepapier in der Endkonsequenz zu Kürzungen bei den Personalausgaben führt, stellt sich die Frage nach der Umsetzung des Artikels 33 Grundgesetz. Das Eckpunktepapier macht hier die nebulöse Aussage, dass innerhalb eines

offenen Verständnisses von Art. 33 GG die Anpassung der Beschäftigungsbedingungen an die sich wandelnden gesellschaftlichen und politischen Anforderungen möglich ist. Gemäß Art. 33 Abs. 4 GG ist die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel Beamten zu übertragen, da diese in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen. Sind aber alle Tätigkeiten, die heute von Beamten wahrgenommen werden, durch hoheitsrechtliche Befugnisse gekennzeichnet?

Die GdP fordert deshalb unter dem Eindruck des Eckpunktepapiers eine intensive und offene Debatte ein.

Fazit

Das vorgelegte Eckpunktepapier wird von der GdP nicht als der durchschlagende Reformansatz für ein zukunftsfähiges Beamtenrecht gesehen. Es ist zu sehr geprägt vom Willen, Kürzungen in den Beamteneinsatz zu erreichen. Die Selbstbindung des Papiers, der Erfolg der Reform hängt ganz wesentlich von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ab, kann mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erzielt werden.

Die Einschätzung der Autoren des Eckpunktepapiers ist richtig, dass der Modernisierungsprozess nur gemeinsam mit den Mitarbeitern gestaltet werden kann.

Ein erhebliches Defizit in dem Eckpunktepapier erkennt die GdP darin, dass den Mitarbeitern in keinem Moment das Gefühl gegeben wird, dass der Modernisierungsprozess nicht nur eine versteckte Maßnahme ist, um die Haushalte der Länder und des Bundes zu konsolidieren.

Die GdP ist bereit, ihren Beitrag zu einem zukunftsfähigen Beamtenrecht zu leisten. Aber so nicht.



Ab heute getrennt!

Wie angekündigt wollen wir in diesem und in den nächsten beiden Heften allen Entwöhnungswilligen das Angebot machen, sie auf dem Weg ins Nichtraucherleben zu begleiten. In der Gemeinschaft, mit Tipps und erfahrenen Ansprechpartnern wird das Vorhaben möglicherweise eher erfolgreich verlaufen, als ganz allein auf sich selbst gestellt.

„Aufhören“, sagte mein Vater immer, „ist gar nicht schlimm. Du steckst dir eben keine mehr an. Ich hab es schon hundert Mal geschafft.“ Allerdings hatte er sich seine „Erfolge“ ständig unter persönlichem Versagens-Druck abgerungen. Und damit waren sie nicht dauerhaft. Denn sich ewig zwanghaft etwas zu verbieten, das hat er nicht gepackt – genauso wie zig andere auch nicht.

Drehen wir doch den Spieß einmal um: Gehen wir freudvoll an die Sache.

Wer aufhören will zu rauchen, der hat gerade den besten Entschluss seines Lebens gefasst. Es wird super „ohne“!!!

Entschluss:

Ich trenne mich von dir – du tust mir nicht gut. Auch wenn ich mich eigentlich im Moment, wenn du so brennst, ganz wohl fühle. Aber ehrlich, du riechst nicht mal gut. Und du bist hinterlistig, weil du im Untergrund an meiner Gesundheit nagst. Und an meiner Geldbörse. Permanent. Eigentlich weiß ich nicht, warum ich mir das noch länger antun soll. Warum soll ich dafür zahlen, dass du mein Leben vergiffest? Du kommst mir nicht mehr zwischen die Finger!

Dennoch, der Weg zum Nichtraucher ist nicht nur ein ruhiger Spaziergang:

Haben Sie eine genaue Vorstellung, welche Schwierigkeiten auf Sie zukommen? Haben Sie folgenden Gedanken dazu schon einmal gehört: „Ich probier es einfach mal, aber wenn es zu schwer wird, dann sehe ich schwarz“.

Genau diese Haltung ist ein Problem: Nicht zu wissen, was auf Sie zukommt und zu verlangen, dass es aber ja schön leicht geht.

In der Vorstellung vieler Entwöhnungswilliger existieren zwei mögliche Verläufe eines Ausstiegsversuchs:

1. Es fällt mir leicht und dann schaffe ich es auch.
2. Es fällt mir schwer und dann schaffe ich es nicht.

Unser Ausstiegsprogramm will Ihnen veranschaulichen, dass es nicht leicht sein muss, um es trotzdem zu schaffen. Es ist mit mittleren Schwierigkeiten zu rechnen, die Sie bei guter Vorbereitung meistern werden.

Wir wollen mit unseren Artikeln und Angeboten Hilfestellung geben, damit die nächsten Tage und Wochen ohne Martyrium über die Bühne gehen. Denn das muss es nicht werden. Und wer Angst hat vor den körperlichen Entzugssymptomen, der kann zu bewährten medikamentösen Hilfen greifen.

Ein wenig Leere wird sich aber bei manchem sehr wohl einstellen – es hilft möglicherweise, sie als „wohlthuende Leere“ anzunehmen. Schließlich sind Körper und Seele in diesen Momenten frei vom Nervengift Nikotin. Eine feine Sache!

Fummelersatz

Aber wohin mit den Händen – beim Kaffee trinken, abends beim Bier oder bei Gesprächen? Einfach Beschäftigung finden – notfalls auch mit „Fummelersatz“ wie einem Stein, einem Anti-Stress-Ball oder einem anderen Handschmeichler.

Hilfreich ist manchem sicher, Situationen, in denen „automatisch“ geraucht wurde, eine Zeit lang zu meiden, um das „Ritual mit Rauch“ zu durchbrechen. Auch der Wunsch nach besserer Konzentration mit Zigarette, Beruhigung durch Nikotin, Anre-

Unsere Nichtraucherkur wird kompetent unterstützt vom Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ), einer international anerkannten Einrichtung mit höchst umfassender Kompetenz und Erfahrung – auch bezüglich aller Raucherkrankheiten und Risikoprävention.

Wir bedanken uns speziell bei Frau Dr. Martina Pötschke-Langer und dem Dipl. Psychologen Peter Lindinger (s. Vita S. 8 bzw. S.17) für die hervorragende Unterstützung.



Fotoquelle: WHO

gung durch Tabak, Steigerung des Stoffwechsels – all das sind flüchtige Momente. Dafür die Freude am Nicht-raucher-dasein aufgeben? Nie-mals! Weil: lohnt sich nicht!

Außerdem: Wie schön, wenn sich die ersten Erfolge einstellen: Die Haare – frisch gewaschen – haben den Rauchgeruch abgelegt, Anzug, Pulli – nix mehr mit fadem Geruch nach kaltem Rauch; auch die gelben Flecke an den Fingern scheinen zu schwinden. Hab ich den Eindruck, ich schmecke besser? Und die mor-

gendlichen Hustenattacken – ehrlich, die fallen schon längst weniger dramatisch aus.

Und das nächste positive Zeichen stellt sich schon ein – spürbar besser Luft zu bekommen beim Treppensteigen, das Kompliment vom Partner beim Küssen, viel, viel besser zu schmecken...

Und nicht zuletzt verbrieft zu wissen, dass sich der Körper von Tag zu Tag regeneriert.

Wenn das mal keine guten Nachrichten sind!

tetz

Auch drei Zigaretten pro Tag schaden

Gespräch mit Dr. Martina Pötschke-Langer

Warum rauchen eigentlich so viele Menschen?

Die Tabakindustrie hat den Zigarettenmarkt inzwischen zu einem Kindermarkt gemacht. Bis zum 17. Lebensjahr rauchen knapp die Hälfte aller Mädchen und Jungen. Dieser Trend wurde vor allem im letzten Jahrzehnt bewirkt durch massive Werbestrategien der Tabakkonzerne. So gaben innerhalb eines Jahrzehnts die Zigarettenfirmen etwa 2,5 Milliarden Euro dafür aus, dass sie den Kinder- und Jugendmarkt für sich gewannen. Bereits Kinder und Jugendliche sind tabakabhängig, was wir in unserem Zentrum in erschütternder Weise erfahren: Wir haben bereits zwölfjährige Kinder erlebt, die seit ihrem zehnten Lebensjahr zigarettenabhängig sind und kaum noch eine Schulstunde ohne Zigarette durchhalten können.

Was ist drin im Tabakrauch, was inhaliert man da?

Der Tabakrauch enthält etwa 4.000 Chemikalien, darunter zahlreiche giftige Stoffe und mehr als 40 Substanzen, die Krebs auslösen können. Für die im Tabakrauch enthaltenen erbgutschädigenden Kancerogene existiert kein unterer Schwellenwert, bei dem davon ausgegangen werden kann, dass diese gesundheitsunschädlich sind. Dazu gehören Stoffe wie Benzopyrene, Benzole, Nitrosamine, Phenole und Acrolein.

Und was genau spielt sich beim Zigarettenkonsum im Körper ab?

Die akuten Wirkungen des Rauchens umfassen die Reizung der Augen und der Atemwege. Auch kann sich die Lungenfunktion verschlechtern. Das Kohlenmonoxid im Tabakrauch verdrängt den Sauerstoff aus der Bindung an das Hämoglobin mit der Folge von Kurzatmigkeit bei

Belastung, Kopfschmerzen, Herzklopfen, Schwindel, Ohrensausen, Augenflimmern und Abgeschlagenheit.

Die chronischen Wirkungen des Rauchens umfassen in erster Linie Erkrankungen der Atemorgane, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebserkrankungen.

Rauchen führt zu einer Verschlechterung der Durchblutungsverhältnisse, einer Stimulierung der Blutgerinnung, einer Verengung der Blutgefäße und der Entwicklung frühzeitiger Arteriosklerose. Deshalb sind



Der Tabakrauch enthält etwa 4.000 Chemikalien, darunter zahlreiche giftige Stoffe und mehr als 40 Substanzen, die Krebs auslösen können.

frühzeitige Herzkrankheiten mit Angina-Pectoris-Anfällen, Bluthochdruck, Schlaganfällen und Durchblutungsstörungen der Beine die Folge. Bei regelmäßigem Rauchen kann sich eine chronische Bronchitis mit der Folge des so genannten Raucherhustens sowie ein Lungemphysem mit deutlichen Veränderungen des Lungengewebes und Verschlechterung der Atmung entwickeln. Rauchen erhöht das Risiko für Atemwegsinfekte, vermindert die Infektabwehr und trägt zur Verschlimmerung von Asthma bei.

Rauchen führt darüber hinaus zu einer Vielzahl von Krebserkrankungen, so der Lunge, der Mundhöhle, des Kehlkopfes, der Speiseröhre, des Magens, der Harnblase, der Nieren, der Bauchspeicheldrüse und bei Frauen des Gebärmutterhalses sowie von Leukämien. Rauchen ist aber auch ein Risikofaktor für

In DP 9/04 haben wir erstmals unsere Nicht-raucherkur angekündigt. Seither haben sich eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen gemeldet, die mitmachen wollen und einige wollen sich öffentlich begleiten lassen.

In diesem Heft stellen wir sie mit ihren Motivationen und Zielen vor. In den nächsten beiden Heften werden wir sie nach ihrem Befinden und den Erfahrungen fragen, die sie in den ersten nikotinfreien Tagen und Wochen gemacht haben. Und wir werden nach einem halben bzw. nach einem Jahr schauen, was aus ihren Vorsätzen geworden ist. Allen wünschen wir jedenfalls, dass sie erreichen, was sie wollen.



Uli Müller (37), Schulbach/Laufen, schätzt sich selbst als starker Raucher ein. Sein Vater rauchte schon, sein

Freundeskreis ebenfalls. Der Raucherhusten morgens macht ihm zu schaffen. Er will aber auch aus finanziellen Gründen aufhören und weil er seinen Kindern und seinen jungen Kolleginnen und Kollegen in der zweiten Abt. in Göttingen Vorbild sein möchte.

Sven Gratzel (37), Schwaigern, hat als starker Raucher bereits zwei Entwöhnungsversuche hinter sich. Freut



sich auf den gesundheitlichen Erfolg, da ihm zurzeit beim Sport oft die Luft ausgeht. Außerdem möchte er nicht mehr ständig mit der Zigarette im Mundwinkel herumrennen müssen, möchte normal riechen und nicht stinken wie ein Aschenbecher.

Alexander List (34), Altdorf, raucht seit 20 Jahren! Viele Kollegen in seiner Umgebung sind schon Nichtraucher geworden. Er setzt vor allem auf gesundheitliche Aspekte: mehr Fitness, kein Husten mehr, besser Atmen können, Reduzierung eines Hautkzems.



Andreas Maurer (22), Samarberg, ist seit dem 16. Lebensjahr Raucher. Pro Tag kommen bis zu 20 Zigaretten zusammen. Er möchte vor allem aufhören, weil er im Sport ausdauernder werden möchte. Außerdem kommt er sich mitunter blöd vor, wenn er mit Nichtrauchern zusammen ist und sich eine Zigarette ansteckt.



Torsten Fröhling (28), Berlin, will sich selbst zeigen, dass er schafft, was er anpackt. Und die Vorbildfunktion für seinen Sohn spielt eine entscheidende Rolle.



Kerstin Philipp (41), Berlin, begann mit 20 Jahren zu rauchen, als sie in den Schichtdienst kam. Inzwischen gerät sie schnell außer Atem und die Gesichtsfarbe könnte frischer sein. Eigentlich fühlt sie sich wohler beim Nichtrauchen und ärgert sich, dass sie trotz zweier Versuche bisher allein nicht das Durchhaltevermögen hatte.



GDP-AKTION: NICHTRAUCHER WERDEN!

Dietmar Michael (53), Fahrland, will leistungsfähiger und ausdauernder im Sport werden. Außerdem verspricht er sich bessere Geruchs- und Geschmacksempfindungen.



Andreas Schinke (40), Wuppertal, raucht seit dem 16. Lebensjahr – weil alle geraucht haben. Mindestens zehn Mal hat er versucht aufzuhören, inklusive Hypnose, Akupunktur, Zyban und Pflaster. Nun will er endlich richtig konsequent sein: Er freut sich darauf endlich zu den Nichtraucherern zu gehören. Der gelegentliche Raucherhusten irritiert ihn zurzeit schon ein wenig.



endlich die Kleidung nicht mehr stinkt und er mehr Geld in der Tasche hat, ist verlockend.



ist ihm zum ständigen Begleiter geworden. „Ich wäre froh, wenn ich diese Drecksdinge nie angepackt hätte und greife jede Möglichkeit auf, die mir helfen kann, mich von dieser Sucht zu befreien“. Er will so fit werden, dass er einen Marathon-Lauf mitmachen kann.

Andreas Schinke (40), Wuppertal, raucht seit dem 16. Lebensjahr – weil alle geraucht haben. Mindestens zehn Mal hat er versucht aufzuhören, inklusive Hypnose, Akupunktur, Zyban und Pflaster. Nun will er endlich richtig konsequent sein: Er freut sich darauf endlich zu den Nichtraucherern zu gehören. Der gelegentliche Raucherhusten irritiert ihn zurzeit schon ein wenig.

D i r k Huthmann (47), Werder/OT Töplitz, Sohn und Tochter haben aufgehört, das motiviert. Dass

Günther Bredefeld (50), Frankfurt, raucht seit 35 Jahren, sein morgendlicher Raucherhusten

Magen- und Darmgeschwüre. Auch die Osteoporose wird durch Rauchen gefördert. Rauchen kann bei Frauen zu Unfruchtbarkeit und bei Männern zu Impotenz führen.

Wie schnell wird man süchtig? Sind drei Zigaretten pro Tag auch schon ein gesundheitliches Risiko?

Die Sucht beginnt schnell: Erste Anzeichen einer Tabakabhängigkeit können bei Kindern und Jugendlichen bereits innerhalb weniger Wochen nach Beginn des nur gelegentlichen Zigarettenkonsums auftreten. Hierzu zählen u. a. ein starkes Bedürfnis zu rauchen, wiederholte erfolglose Ausstiegsversuche sowie Nervosität und Unruhe bei fehlender Möglichkeit zu rauchen.

Jede Zigarette schadet der Gesundheit und im Prinzip kann das Inhalieren einer Zigarette bereits irreversible Genschäden verursachen, wenn die Reparaturfähigkeit der Zellen nicht mehr funktioniert. Deshalb stellen auch drei Zigaretten pro Tag ein gesundheitliches Risiko dar. Es gibt keinen unteren Schwellenwert für die Ungefährlichkeit von Zigaretten.

Wo liegt gegenwärtig das Einstiegsalter beim Rauchen?

Im Bundesdurchschnitt liegt das Einstiegsalter bei 11,6 Jahren, in bestimmten Ballungsgebieten, wie in Berlin, Hamburg oder in Nordrhein-Westfalen bereits um das zehnte Lebensjahr.

Was ist das geringste Übel – Zigarette, Zigarre oder Pfeife?

Es gibt kein geringeres Übel, da alle Tabakprodukte, die inhaliert oder gepafft werden, zu Genschäden führen können.

Schadet auch kalter Rauch?

Die Zusammensetzung des kalten Rauches gleicht qualitativ der des Hauptstromrauches, den der Raucher einatmet. In der Regel sind die Konzentrationen der Stoffe in kaltem Rauch teilweise sogar höher als diejenigen im Hauptstromrauch. Auch nach Verdünnung in der Luft

Fortsetzung Seite 10

Unsere Autorin, Gesprächspartnerin und Beraterin Dr. Martina Pötschke-Langer

Dr. Martina Pötschke-Langer studierte Medizin, Literatur und Geschichte an der Universität Heidelberg und schloss beide Studiengänge 1975 mit dem Magister Artium und 1983 mit dem medizinischen Staatsexamen ab.

Von 1983 bis 1985 arbeitete sie in der Gefäßchirurgischen Ambulanz der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg im Rahmen ihrer medizinischen Doktorarbeit, die sie 1985 abschloss.

Von 1986 bis 1992 erarbeitete sie ein Herz-Kreislauf-Präventionsprogramm im Deutschen Institut für Bluthochdruck und der Deutschen Hockdruckliga.

Seit 1992 im Deutschen Krebsforschungszentrum in der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig, leitet sie dort seit November 1997 die Stabsstelle Krebsprävention mit Schwerpunkt Tabakprävention und Tabakkontrolle und seit Mai 2002



Dr. Martina Pötschke-Langer

das WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle im Deutschen Krebsforschungszentrum.

Sie ist Herausgeberin der Publikationsreihe „Rote Reihe Tabakprävention und Tabakkontrolle“ des DKFZ, in der bisher folgende Publikationen erschienen sind:

2000: Die Rauchersprechstunde – Beratungskonzept für Gesundheitsberufe

2001: Factsheet Tabakwerbeverbot

2002: Gesundheit fördern – Tabakkonsum verringern: Handlungsempfehlungen für eine wirksame Tabakkontrollpolitik in Deutschland

2003: Passivrauchende Kin-

der in Deutschland – Frühe Schädigungen für ein ganzes Leben

2003: Factsheet Tabaksteuererhöhungen – Fakten und Argumente

2004: Rauchen und Soziale Ungleichheit – Konsequenzen für die Tabakkontrollpolitik

Ferner erarbeitete sie die deutsche Ausgabe des Weltbankberichts „Der Tabak-epidemie Einhalt gebieten. Regelungen und wirtschaftliche Aspekte der Tabakkontrolle“ (Curbing the Epidemic) für das Deutsche Krebsforschungszentrum 2003.

Martina Pötschke-Langer berät die WHO und die EU-Kommission zu Tabakkontrollfragen, ist Mitglied im Steuerungsgremium vom Aktions-

bündnis Nichtrauchen und in verschiedenen europäischen und internationalen Tabakpräventions-Netzwerken. Sie war Projektmitglied im WHO-Partnerschaftsprojekt zur Verminderung der Tabakabhängigkeit und erarbeitete Konzepte für die „Don't be duped“-Kampagne der WHO 2000 bis 2002.

Den Einstieg in die Tabakabhängigkeit zu verhindern, den Ausstieg aus der Tabakabhängigkeit zu erleichtern und den Schutz der Nichtraucher (welche die Bevölkerungsmehrheit darstellen) vor dem Passivrauchen herzustellen, ist das Ziel auch der zukünftigen Arbeit.



Markus Schaile (35), Göttingen, fühlt sich mit 20 bis 30 Zigaretten am Tag oft matt und die körperliche Leistungsfähigkeit ist eingeschränkt.

Konny Stellmacher (40), Mönchengladbach, hat mit 14 Jahren angefangen zu rauchen – weil es cool war, man erwachsener wirkte und dazugehörte. Sie freut sich vor allem darauf, künftig nicht mehr darüber nachdenken zu müssen, wie schädlich dieses Laster für sie, ihre Familie und Freunde ist.



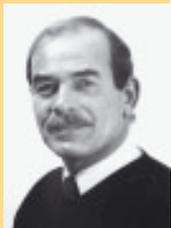
Bernd Böwing (59), Hilden, raucht vor allem zum Kaffee und in Gesellschaft. Er möchte diese

Abhängigkeit unbedingt in den Griff und wieder besser Luft bekommen.



Hubert Bley (71), Düsseldorf, raucht seit seinem 18. Lebensjahr, möchte aber sofort gesünder leben und unabhängig sein. Und er ist sich sicher, damit viel Geld sparen zu können.

Helmut Kipp (57), Leopoldshöhe, will endlich kein „Stinker“ mehr sein, erhofft sich eine Verbesserung seiner Kondition, fürchtet allerdings eine erhebliche Gewichtszunahme.



GDP-AKTION: NICHTRAUCHER WERDEN!

sind die Konzentrationen des Rauchs noch hoch genug, dass Passivraucher in verrauchten Räumen im Verlauf eines Tages Mengen an krebserregenden Stoffen aufnehmen, die denen mehrerer aktiv gerauchter Zigaretten entsprechen.

Die Tatsache, dass diese Stoffe beim Passivrauchen in geringeren Mengen aufgenommen werden, macht sie nicht ungefährlicher. Die Folgen des Passivrauchens sind Arterienverkalkung, Verminderung der Fähigkeit des Herz-Kreislaufsystems, sich an wechselnde Belastungen anzupassen, Verschlimmerung von Herzerkrankungen bis zum Herzinfarkt, Schlaganfälle, aber auch Lungenkrebskrankungen. Nach Abschätzung des Deutschen Krebsforschungszentrums sterben in Deutschland jährlich 400 Menschen durch das unfreiwillige Einatmen von Tabakrauch an Lungenkrebs.

Können so genannte Raucher- vitamine oder auch Sport mögliche Raucherkrankheiten kompensieren?

Nein, dies ist nicht der Fall.

Tatsächlich gibt es keine Kompensationsmöglichkeit angesichts der immensen Schadstoffbelastung.

Warum haben einige Raucher bis ins hohe Alter keine gesundheitlichen Beschwerden?

Die überwältigende Mehrheit der Raucher klagt über Beschwerden schon in jungen und in den mittleren Jahren und nur eine verschwindend geringe Anzahl gibt keine Beschwerden an. Gründe für eine geringere Empfindlichkeit gegenüber Schadstoffbelastungen durch Tabakrauch sind bislang spekulativ, es gibt keine wissenschaftlichen Begründungen hierfür.

Warum greifen die zahlreichen gesundheitlichen Warnungen nicht?

Die Warnhinweise auf Zigarettenpackungen führen durchaus bei einer bestimmten Anzahl von Rauchern zu Überlegungen, das Rauchen zu reduzieren oder einzustellen. Sie können Einfluss auf Konsumentenentscheidungen haben und spielen auch in Ländern, in denen Verbrau-

cher generell als gut informiert gelten, eine bedeutende Rolle. Ihre Wirksamkeit hängt sowohl von deren Inhalt als auch von deren Gestaltung ab. Große Warnhinweise sind kleineren und bildliche Darstellungen den textgestützten Warnhinweisen deutlich überlegen. Falls in Deutschland neue Warnhinweise mit bildlichen Darstellungen von Raucherschäden eingeführt würden, hätte dies eine große Wirkung. Jedoch sollte deutlich gemacht werden, dass die alltägliche Werbung für Zigaretten an jeder Straßenecke in Deutschland, vor Kinofilmen, in Krimiserien und Fernsehsendungen eine immense Bedeutung für das Rauchverhalten insbesondere von Kindern und Jugendlichen haben. Den vergleichsweise kleinen Warnhinweisen steht ein jährliches Marketingbudget der Zigarettenindustrie von rund 300 Millionen Euro gegenüber – solange wir es also zulassen, dass das Zigarettenmarketing weiter besteht, werden auch die gesundheitlichen Warnungen weniger wirksam sein.

*Das Gespräch führte
Marion Tetzner*

Tabakbedingte Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeitsrate

Der Tabakkonsum ist bei mehr als 40 Krankheiten eine bedeutsame Ursache, darunter eine Reihe schwerwiegender und tödlich verlaufender Krankheiten. Rauchen ist der bedeutsamste einzelne Risikofaktor für viele weit verbreitete chronische Krankheiten wie Herz-Kreislaufkrankheiten, Krebs und chronische Bronchitis.

Neben dem Lungenkrebs, der in Staaten mit bereits jahrzehntelang weit verbreitetem Tabakkonsum zu 90 % aller Fälle auf das Rauchen zurückzuführen ist, ist ein ursächlicher Zusammenhang mit dem Tabakkonsum bei einer Reihe weiterer Krebskrankheiten bekannt: der Krebsentstehung im Mund-, Nasen- und Rachenraum, in Kehlkopf, Speiseröhre, Magen, Bauchspeicheldrüse, Leber, Niere, Harnblase und Gebärmutterhals

sowie bei bestimmten Formen der Leukämie.

Seit Jahren wird in Deutschland bei Frauen ein Anstieg der Neuerkrankungen an Lungenkrebs festgestellt, der insbesondere auf das Rauchverhalten zurückzuführen ist. Der mittlere jährliche Zuwachs der Neuerkrankungen beträgt 3,5 % und ist mit 6,3 % in der Altersgruppe der 45- bis 60-jährigen Frauen besonders stark.

Passivrauchen

Rauchen ist nicht ausschließlich ein vom jeweiligen Raucher persönlich zu verantwortendes Gesundheitsrisiko, vielmehr können auch durch Passivrauch belastete Nichtraucher schwerwiegende Gesundheitsschäden erleiden.

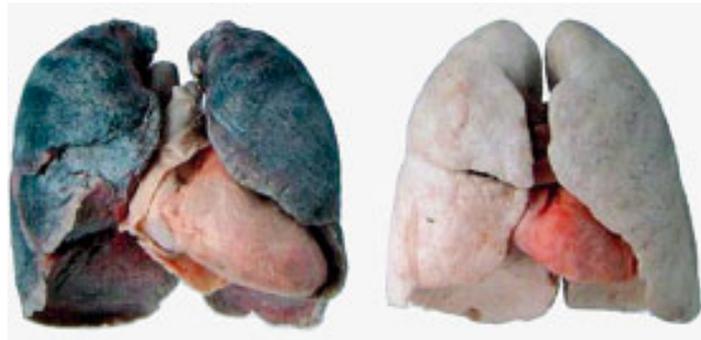
Eine ursächliche Beteiligung des Passivrauchens ist für eine Reihe von Krankheiten und Todesursachen nachgewiesen, unter anderem für Lungenkrebs, akute und chronische Herzkrankheiten, Schlaganfälle sowie akute und chronische Atembeschwerden bei Erwachsenen und Kindern.

Das Lungenkrebsrisiko für Ehepartner von Rauchern ist bei Frauen um 20 %, bei Männern um 30 % erhöht und steigt mit zunehmender Intensität und Häufigkeit der Rauch-Einwirkung an. Für Nichtraucher, die am Arbeitsplatz Tabakrauch ausgesetzt sind, ist das Lungenkrebsrisiko um 16-19 % erhöht. Pro Jahr sind in der Bundesrepublik rund 400 Lungenkrebstodesfälle auf die Folgen der Passivrauchexposition zurückzuführen.

Mütterliches Rauchen während und/oder nach der Schwangerschaft kann bei Ungeborenen und Kindern zu langfristigen und potenziell irreversiblen Schäden führen. Bis zu zwei Drittel der Fälle von Plötzlichem Kindstod (SIDS) werden durch Passivrauchen

verursacht. Mit zunehmender Anzahl der täglich gerauchten Zigaretten nimmt das Risiko zu. Rauchen während der Schwangerschaft ist zudem mit einem erhöhten Risiko für einen Spontanabort, Schwangerschaftskomplikationen, vermindertem Längenwachstum des Fötus, Frühgeburtlichkeit, niedrigem Geburtsgewicht und vermindertem Kopfumfang verbunden. Passivrauchen erhöht bei Kin-

dern das Risiko von akuten und chronischen Entzündungen der unteren Atemwege. Akute Atemstörungen bei Kindern nehmen durch Passivrauchen um 50 bis 100 % zu. Asthma entwickelt sich öfter, wenn die Eltern, besonders die Mutter, rauchen.



Lunge eines Rauchers

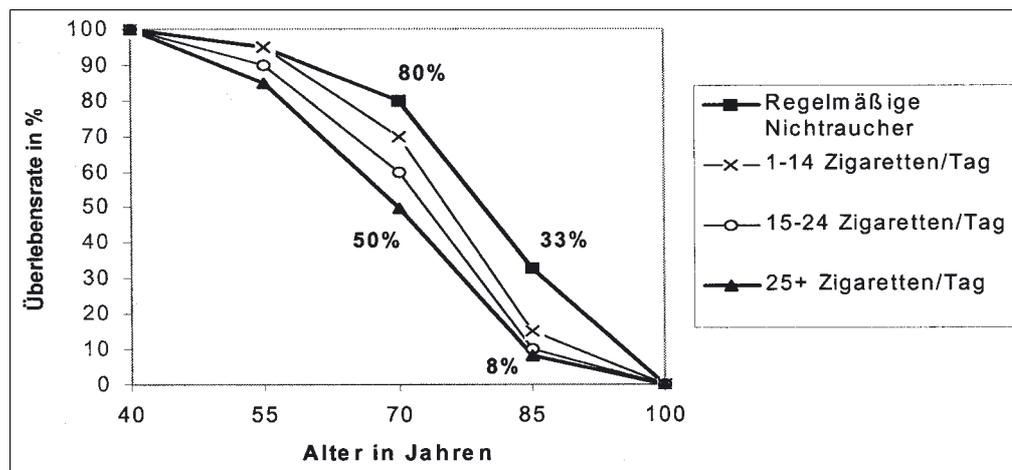
Nichtraucherlunge

chen verursacht. Mit zunehmender Anzahl der täglich gerauchten Zigaretten nimmt das Risiko zu. Rauchen während der Schwangerschaft ist zudem mit einem erhöhten Risiko für einen Spontanabort, Schwangerschaftskomplikationen, vermindertem Längenwachstum des Fötus, Frühgeburtlichkeit, niedrigem Geburtsgewicht und vermindertem Kopfumfang verbunden.

Eine bereits bestehende asthmatische Erkrankung kann sich durch die kindliche Exposition gegenüber Tabakrauch verschlimmern. Bei Vorschulkindern, die in den ersten drei Lebensjahren dem Tabakrauch ausgesetzt sind, treten öfter Mittelohrentzündungen auf als bei Kindern, die in Nichtraucherhaushalten leben. Dabei steigt die Anfälligkeit mit der Menge der konsumierten Zigaretten.

Passivrauchen erhöht bei Kin-

Lebenserwartung von Nichtrauchern und Rauchern abhängig von der täglichen Konsumrate



80 % der Nichtraucher können das 70. Lebensjahr und 33 % sogar das 85. Lebensjahr erreichen. Im Gegensatz dazu erreichen Raucher – abhängig von ih-

rem täglichen Zigarettenkonsum – nur zu 50 % bis 70 % das 70. Lebensjahr und nur zwischen 8 % und 15 % das 85. Lebensjahr.

Quelle: Doll et al., 1994 Be-

Sterblichkeit

Allein in Deutschland sterben jährlich zwischen 110.000 und 140.000 Menschen an tabakbedingten Krankheiten. Der rauchbedingte Anteil an der gesamten Lungenkrebssterblichkeit beträgt in Deutschland bei Männern 91 %, bei Frauen 75 %. Mit steigendem Zigarettenkonsum nimmt das Lungenkrebsrisiko zu: Von einem 8-fachen Risiko beim täglichen Konsum von 1 bis 14 Zigaretten, auf das 25-fache Risiko bei einem Konsum von mehr als 25 Zigaretten pro Tag.

Die Lungenkrebssterblichkeit ist bei Frauen in Deutschland im Zeitraum von 1980 bis 1995 um 60 % angestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme des Tabakkonsums bei Frauen über die vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen.

Aus: *Gesundheit fördern – Tabakkonsum verringern: Handlungsempfehlungen für eine wirksame Tabakkontrollpolitik in Deutschland*, Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg 2002

Foto: Deutsche Krebshilfe



Hans-Joachim Puls (42), Melle, raucht seit 23 Jahren. Er will die Verfärbungen an den Zähnen loswerden,

auch der schlechte Atem ist ihm ekelig. Er hofft insbesondere auf bessere sportliche Ausdauer, mehr Geld und freut sich auf das Lob der Familie.

Mario Kotte (29), Dortmund, frei atmen, mehr Sport und mehr Geld, mehr Lebensqualität und einen gesünderen Lebensstil – darauf freut er sich als künftiger Nichtraucher am meisten.



Frank Husseck (50), Köln, 35 Jahre rauchen brachte ihm vor allem morgens einen bedrückenden

Raucherhusten ein. Er möchte fitter werden und keine Nichtraucher mehr belästigen.

Waltraud Spriwald (51), Oberhausen, schrieb: Hilfe, brauche dringendst eure Unterstützung, will unbedingt mit dem Rauchen aufhören, nehmt mich bitte mit in euere erste Anzeige, mit Bild und allem, was mich bloßstellen kann, um nicht wieder rückfällig zu werden!“



Sie will endlich mehr Kondition, besser atmen können und „die Haut könnte auch besser sein“. Auch die 1.400 Euro, die sie pro Jahr für Zigaretten ausgibt, kann sie weit besser einsetzen.

Fritz Kauth (46), Bergheim-Quadrath, raucht 30 Jahre lang, weil es im Bekanntenkreis dazu gehörte. Ca. sechs Ver-



suche hat er bereits hinter sich. Der Raucherhusten und Probleme mit den Nasennebenhöhlen machen ihm zurzeit zu schaffen und er vermutet auch noch nicht sichtbare Probleme. Ihm reicht es, er will sein gesamtes körperliches Wohlbefinden verbessern und freut sich auf die Selbstbestätigung. Außerdem wird er künftig seine überwiegend nicht rauchenden Kollegen auf der Dienststelle nicht mehr belästigen.

Peter Stuhlfauth (43), Ruppertsberg, ist es nach 27 Raucherjahren endgültig leid, mit jeder Zigarette seine



Gesundheit zu schädigen.

Volker Dewes (42), Freisen, raucht seit 27 Jahren, will seinen Fitnessstand von vor 10 Jahren wieder erreichen und künftig Frau und Tochter nicht mehr mit dem Zigarettenquahl belasten. Mit dem gesparten Geld ließe sich's gut in Urlaub fahren.



Harry Holderbaum (44), Saarlautern, ist beim Sport nach kurzer Zeit ausgepumpt. Und auch bei geringen Erkrankungen schmerzt das Rauchen. „Und immer der Gedanke, habe ich ausreichend Zigaretten. Ich habe mir jetzt ein Ziel gesteckt, und das werde ich erreichen!“



Erkrankungen schmerzt das Rauchen. „Und immer der Gedanke, habe ich ausreichend Zigaretten. Ich habe mir jetzt ein Ziel gesteckt, und das werde ich erreichen!“



Was Rauchen bringt

Natürlich weiß jeder: Rauchen ist äußerst ungesund. Aber man hat sich auch tausend – allerdings recht fadenscheinige – Argumente zurechtgelegt, um auf derartige Hinweise reagieren zu können: Mein Opa hat geraucht und wurde über 90 ... Wir leben in einer derart verseuchten Umwelt, da tut das nun auch nichts mehr ... Ich sterbe mit und ohne ...

Tag für Tag, so die harten Fakten, sterben in der Bundesrepublik rund 300 Menschen an den Folgen des Rauchens. Würde täglich ein Jumbo mit dieser Zahl Passagieren abstürzen, die Welt stünde Kopf. Nicht so beim Rauchen. Da wird offenbar zu gut verdient ...

Den Sterbefällen voran geht häufig ein langes Leiden bis hin zum Pflegefall. Sprechen wir es ruhig aus: Teerlunge, die die Atmung einschränkt, Lungenkrebs, der Siechtum verspricht, Raucherbeine, die verkrüppeln bzw. amputiert werden müssen, Durchblutungsstörungen, die sich im Kopf und Herz mit Schlaganfällen und Infarkten bemerkbar machen, Zungenkrebs ...

Das hat mit vermeintlicher Attraktivität, wenn man sich lässig eine Zigarette ansteckt, nichts mehr zu tun. Gesundheitliche Auswirkungen bringt das Rauchen in jedem Fall mit sich. Das ist unstrittig. Und kosmetische

Folgen sind sowieso sicht- und riechbar: „Da kann ich gleich einen Ascher knutschen“, ist noch schmeichelhaft für einen Raucher. Die Hände riechen schlecht, die Haut wirkt fahl, wird eher faltig, sichtbares Adergeflecht zeugt von mangelnder Durchblutung ...

Aber all das hat keine Relevanz mehr für alle Aufhörwilligen, die bereits mit Freude die Entgiftung anstreben.

Zu spät ist es niemals! Zu früh keinesfalls!

Also packen wir's an!

Wer raucht, ist arm dran

Sucht
Gehirnschlag
Falten
Grauer Star
Krebs im Mund
Kehlkopfkrebs
Lungenkrebs
Herzinfarkt
Brustkrebs
Magengeschwür
Bauchspeicheldrüsenkrebs
Gelbe Finger

www.weltnichtrauchertag.de

Welt-Nichtrauchertag 31. Mai

AKTIONSBÜNDNIS NICHTRAUCHEN

Poster: Deutsche Krebshilfe

Abhängigkeit und Entzugerscheinung

Die mittlere Halbwertszeit des Nikotins liegt beim Nichtraucher etwa bei 120 Minuten. Bei einem starken Raucher unter 30 Minuten. Etwa 10 % des Nikotins werden über den Urin ausgeschieden, während die restlichen 90 % auf verschiedenen Stoffwechsel-

ren:

1. die an bestimmte Auslöseereize gebundene Verhaltensgewohnheit zu rauchen (z. B. zum Kaffee oder beim Telefonieren),
2. das durch direkte, angenehme Folgen verstärkte Rauchverhalten (z. B. Entspannung),

tige positive Konsequenzen wie Entspannung, Genuss, gesteigerte Konzentrationsfähigkeit oder Stressreduktion ein.

Kurzfristige Konsequenzen beeinflussen das Verhalten wesentlich stärker als langfristige:

Die entspannende Wirkung einer Zigarette in einer Stresssituation ist eine solche positive kurzfristige Konsequenz, ebenso die stimulierende Wirkung bei der Empfindung von Langeweile. Kurzfristig spürbare Phänomene regulieren das Rauchverhalten stärker als die möglichen negativen Langzeitschäden – wie z. B. Lungenkrebs und Raucherbein.



Das Übel

wegen hauptsächlich über die Leber abgebaut werden.

Regelmäßiges Rauchen macht abhängig, das haben Sie selbst wahrscheinlich schon bemerkt.

Was hat es nun auf sich mit der Tabakabhängigkeit?

Die Abhängigkeit hat eine **psychische** und eine **körperliche** Komponente. Die **psychische** Abhängigkeit äußert sich beispielsweise darin, dass bei bestimmten Gelegenheiten, in gewissen Situationen oder Stimmungen nur sehr schwer auf Zigaretten verzichtet werden kann. Das Auftreten von Entzugerscheinungen bei Ausstiegsversuchen ist ein Zeichen für die **körperliche** Abhängigkeit.

Zur psychischen Abhängigkeit

Psychische Abhängigkeit lässt sich an drei Sachverhalten erklä-

3. eine damit verknüpfte gedankliche Erwartungshaltung („wenn ich jetzt rauche, geht es mir besser“).

Sie haben sicher schon festgestellt, dass der Griff zur Zigarette zu ganz bestimmten Gelegenheiten erfolgt, z. B. nach dem Essen, am Feierabend beim Fernsehen in Verbindung mit Wein oder Bier, wenn Sie rauchende Freunde treffen usw.

Rauchen kann durch eine Vielzahl von Situationen ausgelöst werden, manchmal erfolgt der Griff zur Zigarette sogar unbemerkt und man wundert sich dann, wo auf einmal die brennende Zigarette herkommt.

So sind viele Situationen und Ereignisse, aber auch bestimmte körperliche Befindlichkeiten und seelische Stimmungen zu einem Signal geworden, eine Zigarette zu rauchen. Beim Rauchen stellen sich dann meist kurzfris-

Zur körperlichen Abhängigkeit

Auch Ihr Körper hat sich im Laufe Ihrer „Raucherkarriere“ an das Nikotin in den Zigaretten gewöhnt. Wenn dann mit dem Rauchen aufgehört und dem Körper kein Nikotin mehr zugeführt wird, sind häufig Entzugerscheinungen wie starkes Rauchverlangen, Nervosität, Aggressivität, Schlafstörungen, schlechte depressive Stimmung usw. die Folge. Die Stärke dieser Entzugsbeschwerden ist von Raucher zu Raucher sehr unterschiedlich und lässt sich nur schwer vorhersagen. Vielleicht werden auch Sie für einige Zeit an Entzugerscheinungen leiden. Aber Sie können sicher sein, dass selbst die hartnäckigsten Entzugssymptome nach wenigen Wochen verschwunden sind.

Rauchen als Abhängigkeit zu verstehen bedeutet nicht, hilflos oder ausgeliefert zu sein. Viele Erlebnisse und gescheiterte Aufhörversuche erscheinen sogar verständlicher, und es wird Ihnen klar, dass Sie die Veränderung des Rauchverhaltens vorübergehend zur „Chefsache“ machen sollten!

**Dipl.-Psychologe
Peter Lindinger**

Foto: R. Stolzenfeld

Planen wir den ersten rauchfreien Tag

Als hilfreich hat sich erwiesen, wenn man keine diskrete Angelegenheit aus seinem Entschluss macht. Klar, man hat gern geraucht, aber jetzt hört man auch gern auf. Das kann die Umwelt – also Ihre Familie, Freunde und Kollegen – ruhig wissen. Auch der Hausarzt übrigens. So können Sie eine Art von „sozialer Unterstützung bekommen, die Ihnen weiterhilft. Und Sie vermeiden die gut gemeinten Zigarettenangebote, die so verführerisch sein können.

In der ersten und zweiten Woche wird es schon eine Umstellung. Keiner hat behauptet, dass Sie lediglich einen Spaziergang vor sich haben. Das Schöne daran: Wenn Sie die erste, manchmal schwierige Zeit hinter sich haben, wird es Ihnen von Tag zu Tag besser gehen. Stündlich kommen Sie ihrem Ziel näher. Aber auch in den ersten Tagen werden Sie sich nicht permanent schlecht fühlen. Manch ehemaliger Raucher berichtet sogar von fast euphorischen Zuständen.

- Entsorgen Sie konsequent alle Raucherutensilien! Stellen Sie frische Blumen auf den Platz, den einst der Ascher eingenommen hat.

- Waschen Sie all Ihre Wäsche, um den Rauchgeruch zu verbannen.

- Versuchen Sie, die Situationen, in denen Sie geraucht haben, in erster Zeit bewusst zu meiden.

- Schwierig für intensiv Abhängige wird es meist, morgens auf die erste Zigarette zu verzichten. Versuchen Sie, dieses Ritual zu ersetzen. Ein wenig Frühsport vielleicht? Oder der Gang zum Bäcker? Ein Glas Milch oder Tee? Das Verlangen geht vorüber, und die wenigsten „Ausrutscher“ oder Rückfälle passieren morgens. Geschafft? Das war der erste erfolgreiche Schritt!

- Jetzt ist der Tag mit all sei-

Die ersten Tage

Nicht mehr Rauchen, das kann man lernen, das ist kein Schicksal. Sie sind gerade dabei. Mit guter Vorbereitung ist schon ein wesentliches Stück für den Erfolg getan. Sie wissen bereits eine ganze Menge über die Schädlichkeit bis hin zur Tödlichkeit des Rauchens. Sie wollen sich weder gesundheitlich noch kosmetisch und finanziell weiter von Zigaretten & Co. ruinieren lassen. Dann kann es konkret werden:

nen Versuchungen zu meistern: Aber so arg kann gar keine Situation sein, als dass sie Ihren wunderbaren Entschluss umstoßen könnte. Sie bestimmen, wo es lang geht, sonst keiner! Und das macht sogar noch Laune!

- Je länger Sie nicht mehr rauchen, umso seltener werden Sie vom Verlangen nach einer Zigarette gepackt. Falls doch, wäre es ein großer Fehler sich auszumalen, wie schön es jetzt wäre, eine „durchzuziehen“. Das macht nämlich erst so richtig Lust und Gier nach den Zigaretten! Richten Sie besser Ihre Gedanken auf all die positiven Effekte, die Ihnen Ihr Ausstieg bringen wird. Das hilft garantiert.

- Decken Sie sich z. B. mit zuckerfreien Pfefferminzbonbons oder Kaugummi ein. Wenn es mal ganz dicke kommt, können die als Ersatzstoffe herhalten. Wer unbedingt inhalieren will, kann dickere Strohhalm auf Zigarettenlänge zurechtschneiden und dadurch inhalieren – Luft pur! Und damit haben Sie wieder eine Attacke überstanden! Es geht voran!

- Halten Sie sich am ersten Tag

mit langen Spaziergängen, Kino, Schwimmen, Radfahren auf Trab.

- Gehen Sie zum Zahnarzt und lassen Sie sich die Zähne reinigen!

- Hilfreich ist vielleicht auch, wenn Sie sich mal veranschaulichen, wie viel Geld täglich in Rauch aufgehen würde, wenn sie

Standhaftigkeit, die Sie bewiesen haben. Das können Sie auch am kommenden Tag schaffen! Und wenn Sie am nächsten Morgen aufwachen, können sie sagen: Einen Tag hab ich schon hinter mir. Und Ihr Körper ist bereits in der Regeneration. Dennoch ist das Rauchverlangen nicht spurlos verschwunden: Immer wieder verlangen bestimmte Empfängerzellen im Gehirn nach Nikotin.

Diese körperliche Entzugsphase kann anstrengend sein! Aber wie gesagt: Sie sind entschlossen und bestimmen, wo es lang geht. Und Sie sind auf dem besten Wege!

- Meiden Sie auch in den ersten Tagen den Kontakt zu anderen Rauchern. Und Vorsicht mit Alkohol, er könnte Ihr Durchhaltevermögen aufweichen.



Wer morgens seine 5 Euro für die täglichen Zigaretten in einem Glas sammelt, hat sein Geld quasi schon ausgegeben und den Ertrag gut sichtbar vor Augen. Jährlich kommen so rund 1.800 Euro zusammen. Das muss man nicht verdienen, das ist einfach da .

Foto: R. Stolzenfeld

Ihre Gewohnheit beibehalten würden: Legen Sie einfach bereits morgens die bislang aufgewendete Summe für Zigaretten in ein durchsichtiges Gefäß. Sie werden täglich reicher: Geld, das Sie nicht mehr erarbeiten müssen!

- Wenn Sie abends ins Bett gehen, freuen Sie sich über Ihre

- Lassen Sie sich nun keinesfalls mehr verleiten. Sie haben so viel bereits gemeistert. Das soll keinesfalls umsonst gewesen sein. Ansonsten müsste man wieder quasi bei Null anfangen. Das ist keine Zigarette der Welt wert.

- **Und vertrauen Sie auf sich!**

Besser oben ohne: 12 wirkungsvolle Tipps für den Weg in die (Rauch-) Freiheit

- Legen Sie ein Ausstiegsdatum fest – am leichtesten ist es, gut vorbereitet von einem Tag auf den anderen aufzuhören. Wählen Sie einen Tag innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen.
- Verbannen Sie alle Rauch-

utensilien! Beschäftigen Sie sich, um sich abzulenken und nicht an das Rauchen zu denken!

- Trinken Sie möglichst viel; halten Sie stets ein Glas Wasser oder Saft bereit und nippen Sie ab und zu daran. Wechseln Sie auch mal die Geschmacksrichtung.

• Die menschliche Psyche ist bestechlich und will kurzfristige positive Konsequenzen! Achten Sie besonders auf die Verbesserungen Ihres Wohlbefindens, des Geschmacks- und Geruchsinns und auf die Anerkennung, die Sie als erfolgreicher Aussteiger bekommen. Profitieren Sie von dem Geld, das Sie sonst für Zigaretten ausgegeben hätten, um sich mit etwas Besonderem zu belohnen!

• Bewegen Sie sich mehr, treiben Sie Sport! Körperliche Aktivität entspannt, hebt die Stimmung, ist gesund, lenkt ab und beugt leichten Gewichtszunahmen vor! So schlagen Sie mehrere Fliegen mit einer Klappe!

• Achten Sie auf gesunde, ausgewogene Ernährung mit viel



Verlangensattacken dauern nur kurz und gehen vorbei – ob Sie rauchen oder nicht!

Obst und Gemüse – überkommt Sie der Heißhunger auf Süßes, greifen Sie zu zuckerfreien Kaugummis oder zuckerfreien Süßigkeiten.

• Vermeiden Sie Situationen, die Sie fest mit dem Rauchen verbinden! Trinken Sie statt Kaffee z. B. lieber Tee und vermeiden Sie Aufenthaltsräume, in denen viel geraucht wird!

• Überkommt Sie das Verlangen, wenden Sie bewusst ihre Aufmerksamkeit etwas anderem zu! Es bringt nichts, sich auszumalen, wie schön etwas wäre, das Sie eigentlich nicht mehr wollen! Sich diese ideale Zigarette vorzustellen, kann die Lust aufs Rauchen ins Unermessliche steigern! Richten Sie Ihre Gedanken lieber auf die Vorteile des Nichtrauchens und etwas Schönes, was Sie mit gutem Gewissen und ganzem Herzen tun können.

Der Hilfsdraht: Das Raucher- telefon

Seit 1999 besteht im Deutschen Krebsforschungszentrum ein Rauchertelefon. Es dient als Motivations- und Informationsquelle: Anrufer erhalten Unterstützung bei der konkreten Planung und Umsetzung des Aufhörversuchs und auf Wunsch Therapeuten- und Klinikadressen sowie Adressen von speziell ausgebildeten Kursleitern, die in der Nähe des Wohnorts Tabakentwöhnungskurse anbieten. Das Rauchertelefon bietet sich auch als eine kontinuierliche Anlaufstelle für Rückfallgefährdete und rückfällig gewordene Raucher an. Sie können also einfach von zu Hause aus Kontakt aufnehmen und sich individuell beraten lassen.

**Das Rauchertelefon:
Montag bis Freitag
von 15 bis 19 Uhr:
06 221/ 42 42 0**

Verlangensattacken dauern nur kurz und gehen vorbei – ob Sie rauchen oder nicht!

• Werden Sie sich über die Bedeutung von Entzugserscheinungen bewusst! Ihr Körper signalisiert Ihnen damit, dass er auf dem besten Wege ist, sich von den Belastungen des Rauchens zu erholen und selbst zu reinigen! Freuen Sie sich darüber! Außerdem verschwinden diese Begleiterscheinungen bereits nach kurzer Zeit.

• Zur Erleichterung des Entwöhnungsprozesses kann das Nikotin aus der Zigarette durch die medikamentöse Gabe von

Die Erfolgs- story



Kurz-, mittel- und langfristig stellen sich nach dem Rauchstopp folgende Veränderungen ein:

Die amerikanische Krebsgesellschaft hat die vielen Vorteile für die Gesundheit deutlich gemacht. Bereits kurze Zeit nach der letzten Zigarette lassen sich bereits Veränderungen feststellen:

Nach 20 Minuten:

Der Blutdruck sinkt nahezu auf den Wert vor der letzten Zigarette.

Nach acht Stunden:

Der Kohlenmonoxid-Spiegel im Blut sinkt auf normale Werte.

Nach 24 Stunden:

Das Risiko von Herzanfällen verringert sich.

Nach zwei Wochen bis drei Monaten:

Die Kreislaufsituation und die Lungenfunktion verbessern sich.

Nach einem bis neun Monaten:

Hustenanfälle, Verstopfungen der Nasennebenhöhlen, Müdigkeit und Kurzatmigkeit gehen zurück. Die Flimmer-

häuschen der Atemwege gewinnen wieder ihre Reinigungsfähigkeit, so dass eine normale Lungenfunktion erreicht wird. Die Infektanfälligkeit wird vermindert.

Nach einem Jahr

Das erhöhte Risiko einer koronaren Herzkrankheit sinkt auf die Hälfte des Risikos eines Rauchers.

Nach fünf Jahren

Das Schlaganfallrisiko ist nur noch halb so groß wie bei einem Raucher.

Nach zehn Jahren

Das Risiko, an Lungenkrebs zu sterben, verringert sich fast um die Hälfte. Das Risiko einer Krebserkrankung in der Mundhöhle, Luftröhre, Speiseröhre, Harnblase, in den Nieren und in der Bauchspeicheldrüse sinkt.

Nach 15 Jahren

Das Risiko einer koronaren Herzkrankheit ist das eines lebenslangen Nichtrauchers.

Nikotin ersetzt werden. Diese Nikotinersatztherapie mildert die Entzugssymptomatik. Lassen Sie sich von Ihrem Apotheker beraten!

- Bleiben Sie standhaft! Weder eine gute noch eine schlechte Nachricht oder Laune erlaubt es Ihnen, „nur die eine Zigarette“ zu rauchen – die eine gibt es nicht, sie werden bald noch eine wollen und noch eine...

- Genießen Sie jeden Tag im vollen Bewusstsein, dass Sie frei sind und Zigaretten nicht mehr nötig haben! Jeder einzelne Tag tut Ihrer Gesundheit, Ihren Mitmenschen und Ihrem Geldbeutel gut – Sie können stolz auf sich sein!

**Dipl.-Psych. Peter Lindinger,
WHO Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle**

Unser Autor und psychologischer Fachberater

Dipl.-
Psych.
Peter
Lindinger,
Freier Mitarbeiter
des WHO
Kollaborationszentrum
für Tabakkontrolle,
ist Mitglied im Wissenschaftlichen
Aktionskreis Tabakentwöhnung
(WAT e.V.), der Society for Research
on Nicotine & Tobacco (SRNT),
Gründungsmitglied des Europäischen
Netzwerkes der Rauchertelefone
(ENQ) und er gehört dem
Wissenschaftlichen Beirat des
Instituts für Raucherberatung und



Tabakentwöhnung – IRT an. Er ist Autor von Selbsthilfemanualen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA, „Ja, ich werde rauchfrei“) und der Deutschen Krebshilfe („Aufatmen“) sowie eines von der Bundesärztekammer anerkannten Weiterbildungsmanuals „Tabakabhängigkeit und Tabakentwöhnung“ und eines Beratungskonzeptes für Gesundheitsberufe („Die Rauchersprechstunde“). Darüber hinaus ist er Mitautor der Leitlinien zur Behandlung der Tabakabhängigkeit und Autor zweier Selbsthilfebücher zur Tabakentwöhnung:

„Nichtrauchen und trotzdem schlank – Die Methode mit Köpfchen“ (2000, Bd. 14631, 6,90) und „Lust und Last des Rauchens“ (2004, Bd. 16240, 6,90) – beide Fischer Taschenbuch Verlag.

Allen, die sich ernsthaft vorgenommen haben, dem Rauchen zu entsagen, wünschen wir viel Kraft, Erfolg und die nötige Stärke, der Abhängigkeit oder Gewöhnung endlich das erfolgreiche Schnippchen zu schlagen.

Sie alle sind gerade dabei, sich und Ihrer Umgebung das schönste Weihnachtsgeschenk selbst zu bereiten: rauchfrei unterm Weihnachtsbaum – wenn das kein Lichtblick ist!

Unsere Kolleginnen und Kollegen, die wir während der

Nichtraucherkur in der DP begleiten, werden im nächsten Heft darüber berichten, wie sie die ersten Tage ohne Tabak überstanden haben, welche Veränderungen sie bereits bemerken und wie die Umwelt reagierte.

Außerdem im nächsten Teil:

- Gewicht im Griff – lässt sich die gefürchtete Gewichtszunahme umgehen?
- Arbeitsschutz – der rauchfreie Arbeitsplatz

Völlig legal: Einkaufsbummel mit Maschinenpistole

Man glaubt es nicht: Beim Einkaufsbummel in der City eine Maschinenpistole oder ein Sturmgewehr mitzunehmen, ist völlig legal. Die Waffe muss nur einige technische Bedingungen erfüllen: Die Bewegungsenergie der Geschosse (6 mm Softair-Plastikkugeln) darf höchstens 0,5 Joule ausmachen, dann handelt es sich nämlich rechtlich um Spielzeug – und nicht um Kriegsgerät. Ausdrücklich: nicht nur Erwerb und Besitz sind erlaubt, sondern auch das Führen in der Öffentlichkeit. Doch wer erkennt, ob es sich um ein „Spielzeug“ oder eine echte Waffe handelt? Das schaffen nicht mal Fachleute. Ein unhaltbarer Zustand, weil das Drohpotenzial des „Spielzeugs“ allemal ausreicht, um Angst und Schrecken zu verbreiten oder um in einer Bank Geld abzuheben, ohne dort ein Konto zu haben.

Damit aber nicht genug des gefährlichen Unsinn: Bei der Bundesregierung weiß die Rechte nicht, was die Linke tut. Im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums wird das Drohpotential solcher Gegenstände, die dem Anschein nach Kriegswaffen sind, völlig anders bewertet als vom Bundeswirtschaftsministerium. Das muss man erklären.

Alte Rechtslage

Ach, wie war es ehemals mit

dem Waffengesetz so bequem: gemäß § 37 des alten Waffengesetzes waren Besitz und Führen von automatischen Selbstladewaffen (Kriegswaffen) und von Schusswaffen, die den Anschein vollautomatischer Kriegswaffen hervorriefen, verboten, auch wenn sie unbrauchbar gemacht worden waren. Diese Bestimmung ist mit dem neuen Waffengesetz vom 1. April 2003 weggefallen. Seither gibt es auf dem Markt einen regelrechten Boom an Waffen im Military-Look. Und da wird es kompliziert.

Die Maschinenpistole als Spielzeug

Es ist paradox: viele der Kunststoff-Imitate von Maschinenpistolen und Sturmgewehren

Plastik oder sogar aus Metall und Holz (für Gewehrschäfte). Diese Produkte und natürlich auch solche aus anderer Herkunft überschwemmen seit Monaten den Markt und finden reißenden Absatz. Technisch gesehen handelt es



Ein Sturmgewehr zum Einkaufsbummel? Kein Problem, die Softair-Nachbildung darf frei geführt werden. Fotos (5): W. Dicke

kommen aus Japan. Dort ist der private Waffenbesitz so gut wie verboten, nicht jedoch der Besitz von Nachbildungen, sei es aus

sich vielfach um so genannte Softair-Waffen, die kleine Plastik-Kügelchen im Kaliber von 6 mm verschießen. Die Mündungsenergie liegt zwischen 0,3 und 0,5 Joule, das ist weit weniger als bei einem Luftgewehr. Es ist also nicht die Gefährlichkeit der Geschosse, die Anlass zur Sorge gibt, sondern das Drohpotential, weil es sich um exakte Nachbildungen bekannter Maschinenwaffen handelt. So ist die Maschinenpistole MP 5 ebenso zu bekommen wie das neue Sturmgewehr der Bundeswehr, das G 36.

Das Bundeskriminalamt hat am 18. Juni 2004 einen Feststellungsbescheid veröffentlicht, der diese Waffen als Spielzeug definiert. Auf der Internetseite der Bayerischen Polizei heißt es dazu: „Alle diese Waffen, deren Mündungsenergie des Geschosses unter 0,5 Joule liegt (also der größte Teil der im Handel erhältlichen Softair-Waffen), sind wieder frei erhältlich, es gibt keine Altersgrenze und auch das

Softair – der neue Freizeitpaß, der auch Sammlerherzen begeistert durch detailgetreuen Nachbau im Maßstab 1:1.

G 36 C

mit elektrischem Hop-Dot-Zielfeld

der absolute Preissticht nur € 49,95

Softair-Nachbildung des G36 C im Maßstab 1:1. Federdrucksystem (Einzelabschuss). Schwere Kunststoffgehäuse. Magazin-Kapazität ca. 20 9/16mm. Bestell-Nr. 51331 € 49,95

MP5-A8

mit elektrischem Hop-Dot-Zielfeld

Bestell-Nr. 51304 € 39,95

LAS A1

knallharte Preise – radikal reduziert
Federdruckgewehre im Kaliber 6 mm. Einzelabschuss. Energie max. 0,5 J

Thompson Drum Rifle

30€ Ersparnis

Bestell-Nr. 51304 € 69,95

KAI 177

10€ Ersparnis

Bestell-Nr. 51305 € 59,95

MP6 A1

30€ Ersparnis

Bestell-Nr. 51321 € 99,95

AK-74

Als „Freizeitpaß“, den man sich dank „knallharter Preise“ auch leisten kann, werden Softair-Waffen in Katalogen angeboten; dass daraus tödliche Irrtümer werden können, bleibt unerwähnt.

Mitführen in der Öffentlichkeit ist (leider) wieder erlaubt“. Damit bezieht sich die bayerische Polizei auf die im neuen Waffengesetz festgelegte Grenze von 0,08 Joule, die Spielzeug von Waffen abgrenzen soll. Diese Grenze hatte aber keinen Bestand. Sie wurde mit dem Feststellungsbescheid des BKA wieder auf 0,5 Joule angehoben.

Das Bundeskriminalamt unter dem Dach des Bundesinnenministeriums hat formal völlig korrekt gehandelt. In dem Feststellungsbescheid heißt es, dass mit der neuen Grenze der Geschossenergie von 0,08 Joule auf europäischer Ebene ein Handelshemmnis aufgebaut worden sei, womit sich ein Widerspruch zwischen Waffenrecht und europäischem Recht ergeben habe. Daher sei die Energiegrenze für

tolen und Sturmgewehre, die dauerhaft unbrauchbar gemacht worden sind. Das waren also ehemals scharfe Waffen, die gemäß exakter technischer Vorgaben des Bundeswirtschaftsministeriums deaktiviert worden sind. Natürlich haben diese Waffen dasselbe Drohpotenzial wie die Nachbildungen. Man kann nur nicht mit ihnen schießen.

Genau das Drohpotenzial aber hat nun den Bundeswirtschaftsminister veranlasst, dem Führen dieser unbrauchbar gemachten Kriegswaffen einen Riegel vorzuschieben. Die Verordnung für den Umgang mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen vom 9. Juli 2004 enthält zwei Verbote:

- der Umgang für Kinder und Jugendliche mit diesen Waffen,
- das Führen dieser Waffen



Original und Fälschung: links die echte bei der Polizei seit langem gebräuchliche Maschinenpistole MP 5, rechts die Kunststoff-Imitation.

Spielzeugwaffen wieder auf 0,5 Joule festgelegt worden.

Die Folge ist, dass diese exakten Abbildungen von Kriegswaffen rechtlich gesehen Spielzeug sind. Man kann sie also auch, wenn man so will, zum Einkaufen mitnehmen.

Unbrauchbar gemachte Kriegswaffen

Neben den soeben beschriebenen Imitaten gibt es aber auch Kriegswaffen wie Maschinenpis-

(ausgenommen für die Verwendung bei Film- oder Fernsehaufnahmen oder Theateraufführungen).

In der Begründung wird ausdrücklich auf das Drohpotenzial hingewiesen, „da jedenfalls für den Laien die Funktionsunfähigkeit der unbrauchbar gemachten Kriegswaffen nicht sofort erkennbar ist ... Das Verbot des offenen Führens ist von der Erkenntnis geleitet, dass derartigen Gegenständen noch ein Drohpotenzial innewohnt, welches

WAFFENRECHT

missbraucht werden kann (z. B. bei Raubüberfällen)“. Weiter heißt es: „Erwägungen des Jugendschutzes waren maßgeblich für das grundsätzliche Verbot des Umgangs mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen durch Kinder und Jugendliche“.

franken berichtete am 8. Juni 2004, dass zwei Beamte der Ansbacher Autobahnpolizei auf einem Autobahnparkplatz bei Ansbach zwei junge Männer beobachtet hatten, die an einem geparkten Auto mit Maschinenpistolen hantierten. Bei der unter besonderen Sicherheits-



Auch für Fachleute sind die Nachbildungen von ihren Vorbildern optisch nicht zu unterscheiden.

Führen Ja – Führen Nein

Damit ist das Chaos perfekt: Nachbildungen darf man führen, unbrauchbar gemachte Originalwaffen nicht. Wer soll das verstehen?

Wie gefährlich das Führen in der Öffentlichkeit sein kann, ist längst erwiesen. Schon die Zeitungslektüre der letzten Monate liefert anschauliche Beispiele:

So berichtete der Münchener Merkur am 16. Juni 2004, dass die Polizei in Parsdorf von einem Bürger alarmiert worden war, der von einem jungen Mann berichtete, der mit einer Maschinenpistole auf eine Straße zielte. Die Streifenwagenbesatzung stellte in der Wohnung die originalgetreue Nachbildung einer MP-5 sicher, einer Softair-Waffe. Nach eigenen Angaben hatte sich der junge Mann keinerlei Gedanken über sein Tun gemacht.

Das Polizeipräsidium Mittel-

vorkehrungen vorgenommenen Kontrolle stellte sich heraus, dass es sich auch hier um Softair-Waffen handelte.

Laut Südkurier vom 20. Juli 2004 besuchte ein 16-Jähriger mittags einen Nachbarn und hielt ihm eine Maschinenpistole unter die Nase. Ein anderer Nachbar alarmierte die Polizei, die wiederum eine Softair-Waffe vorfand.

Glück gehabt! – muss man sagen. Solche Vorfälle können auch anders ausgehen. Selbst für Fachleute sind schussfähiges Original einerseits und unbrauchbar gemachte Kriegswaffen bzw. Softair-Imitate andererseits in solchen Situationen nicht voneinander zu unterscheiden. Es gab bereits vor vier Jahren einen tödlichen Irrtum, als zwei Polizisten bei Ulm auf einen Mann geschossen hatten, der mit einem Gewehr hantierte. Es handelte sich um einen geistig Behinderten – die angebliche Waffe war die Nachbildung eines Sturmgewehres, aufgrund

der damaligen Rechtslage allerdings nur eine sehr grobe. Aber unter den Bedingungen am Einsatzort hatte der Eindruck für den tödlichen Ausgang ausgereicht: Der Mann wurde von acht Schüssen tödlich getroffen.

Gleiches Problem bei Pistolen

Das Problem des Führens von nachgebildeten Waffen bezieht sich aber nicht nur auf Kriegswaffen. Es gilt ebenso für Pistolen. Das Angebot der Hersteller erstreckt sich auf die gesamte Palette der Dienstpistolen der Polizei – hergestellt aus Plastik. Auch bei diesen Modellen handelt es sich um Softair-Waffen, die nach der Freistellungserklärung des BKA Spielzeug sind und

Gaspistole ist an den kleinen Waffenschein gebunden. Das alles kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit so nicht bleiben.

Rechtliche Konsequenzen nötig

Aufgrund der neuen Rechtslage seit Inkrafttreten des Waffengesetzes zum 1. April 2003 sind Tausende der Softair-Waffen und der unbrauchbar gemachten Kriegswaffen verkauft worden. Auch im Ausland rund um die Bundesrepublik Deutschland ist der Erwerb frei. Zur alten Verbotsnorm zurückzukehren dürfte also schwierig sein.

Was aber unbedingt und möglichst schnell rechtlich geregelt werden muss, das ist das Ver-



„Geklonte“ Pistolen: links die originale Pistole P 6, rechts die Imitation als Gaspistole, für die der Kleine Waffenschein beim Führen erforderlich ist. Es gibt aber zahlreiche Pistolen-Nachbauten als Softair-Waffen, die frei zu führen sind – dabei ist das Drohpotenzial dasselbe!

demzufolge in der Öffentlichkeit geführt werden können. Andererseits dürfen solche Nachbildungen scharfer Waffen in Form von Gas- und Alarmpistolen seit Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zum 1. April 2003 aus gutem Grund nicht mehr ohne den kleinen Waffenschein geführt werden. Es war das Drohpotenzial, das diesen Waffen innewohnt, das zur Einführung des kleinen Waffenscheins geführt hat. Also ergibt sich wiederum eine paradoxe Situation: Die Softair-Nachbildung darf geführt werden, die Nachbildung als

bot des Führens von nachgebildeten Softair-Waffen bzw. reinen Kunststoffimitationen. Ziel muss sein, das Führen aller Gegenstände zu untersagen, die scharfen Waffen nachgebildet sind. Dies völlig unabhängig davon, ob es sich um Plastikimitate oder um unbrauchbar gemachte Originale handelt.

Die GdP hat daher den Bundesinnenminister sowie die Fraktionen des Deutschen Bundestages zum Handeln aufgefordert.

W. D.

Ungenehmigte Nebentätigkeit – OVG entfernt Polizeibeamten aus dem Dienst

Ein Polizeibeamter, der über einen Zeitraum von mehreren Jahren beharrlich und unter massiver Beeinträchtigung des Dienstes, aber auch während er krankheitsbedingt keinen Dienst verrichtet, in erheblichem Umfang einer ungenehmigten Nebentätigkeit nachgeht, muss mit seiner Entlassung rechnen. So entschied das Oberverwaltungsgericht in Koblenz.

Der Beamte war seit Mitte der 90er Jahre im Besitz einer Nebentätigkeitsgenehmigung, die ihm die Moderation von Veranstaltungen bei einem privaten Fernsehsender mit einem wöchentlichen Zeitaufwand von 2 bis 3 Stunden erlaubte. In der Zeit von Februar 1999 bis Mai

2002 trat er daneben unter Überschreitung dieser Genehmigung annähernd 80 Mal auch als Moderator beispielsweise bei Modenschauen, Neuwagenpräsentationen, Jubiläumsfeiern oder Konzerten privater Unternehmen auf, wobei er in vielen Fällen auch die Konzeption und Organisation dieser Veranstaltungen übernahm.

Wegen dieses Sachverhaltes leitete der Dienstherr Anfang April 2001 ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Anfang Juli 2003 wurde der Beamte vorläufig vom Dienst suspendiert. Die mit dem Ziel der Entfernung des Beamten aus dem Dienst erhobene Disziplinaranzeige des Landes war nun in zweiter Instanz

vor dem Oberverwaltungsgericht erfolgreich.

Der Beamte habe durch sein Verhalten das Ansehen der Polizei massiv geschädigt und sich für den öffentlichen Dienst als untragbar erwiesen, so die Richter. Die Nebentätigkeit habe den Umfang eines Zweitberufes eingenommen. Sie habe den Beamten bei der Ausübung des Dienstes nachweislich erheblich beeinträchtigt.

Weder die wiederholte massive Kritik der Kollegen noch die Einleitung des Disziplinarverfahrens hätten ihn veranlasst, die Nebentätigkeit auf das genehmigte Maß zurückzuführen. Selbst in Zeiten krankheits-

bedingter Abwesenheit vom Dienst habe der Beamte die stark öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten nicht unverzüglich eingestellt, sondern eigenmächtig in unverändertem Umfang für weitere anderthalb Jahre fortgesetzt. Zur Verschleierung des wahren Ausmaßes seiner Betätigung habe er sogar versucht, mehrere Zeugen zu beeinflussen. Dies alles offenbare einen erheblichen Mangel an Verantwortungsbewusstsein und lasse jede Rücksichtnahme auf grundlegende dienstliche Pflichten vermissen.

Urteil vom 18. Juni 2004, Az.: 3 A 10643/04.OVG
Quelle: OVG-Pressemeldung vom 5. Juli 2004

Seit 25 Jahren Expertenwissen in den Dienst der GdP gestellt

Von Rüdiger Holecek

Berndt Georg Thamm (58), „freiberuflicher Fachpublizist“, wie er sich bescheiden nennt, ist kein Freund kurzer Sätze (und Manuskripte). Wer etwas von ihm über Drogen, Organisierte Kriminalität oder Terrorismus erfahren will, ist gezwungen, gut zuzuhören oder intensiv zu lesen – kurzum: zu lernen. Berndt Georg Thamm arbeitet seit 25 Jahren – auch und in besonderer Verbundenheit –

Die Liste der Stationen seiner Arbeit ist so lang, wie die der Quellenhinweise seiner Artikel, die er regelmäßig für DEUTSCHE POLIZEI schreibt. Mit seiner Sachkunde und seinen Detailkenntnissen treibt Berndt Georg Thamm nicht nur Redaktionen von Printmedien durch ein Wechselbad aus Verzweiflung und Begeisterung, sondern macht es auch den Moderatoren der Fernsehsendungen nicht leicht, die heute gerne nahezu jeden zum „Experten“ befördern, der nach spektakulären Ereignissen mit ungesundem Halbwissen Vermutungen verbreitet.

einem Kibbuz arbeitend, auf junge jüdische Amerikaner traf, die im Vietnamkrieg drogenabhängig geworden waren. Auf dem Beduinenmarkt in der nördlichen Negev-Wüste versorgten sie sich mit Haschisch und Opiaten. Zeitgleich zum Vietnamkrieg erlebte die Hippie-Zeit in den 60er Jahren ihre Blüte, jun-



Hinter seinem Schreibtisch, umgeben von tausenden von Büchern, Akten und Erinnerungsstücken aus aller Welt fühlt sich Berndt Georg Thamm am wohlsten.

für die Gewerkschaft der Polizei.

Seit 1979 kennen ihn die Kolleginnen und Kollegen der GdP als Referent aus Drogen- und Suchtseminaren, von GdP-Fachveranstaltungen und Fachbeiträgen in dieser Zeitung.

Seit über 30 Jahren widmet er sich den Themen Rauschgift, einschließlich Narcoterrorismus, der Historie des Organisierten Verbrechens mit Schwerpunkt Asian/Chinese Organized Crime, sowie seit gut einer Dekade den symbiotischen und ethn nationalen Terroris men.

Heute ist Thamm gefragter Berater und Dozent in der Informations-, Fort- und Weiterbildung für Angehörige der Streitkräfte, Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsdienste auf nationaler und internationaler Ebene. Nicht zuletzt referierte er im „China international Institute for Strategic Studies“ im Juli dieses Jahres in Peking (Beijing). Auf Vorschlag des General a. D. Klaus Reinhard wurde er in die Clausewitz-Gesellschaft aufgenommen und im „Gesprächskreis Nachrichtendienste in

ren mit der Schuldirektorin und Kommunalpolitikerin Monika Thamm. Zwei Bücher schrieben seine Frau und er gemeinsam: „Uns alle trägt die Erde“ und „Synanon – das Haus in der Herzbergstraße“ über die Stiftung SYNANON, einer renommierten Suchthilfegemeinschaft, die 1971 von Betroffenen für Betroffene gegründet wurde.

Eine Reise war es, die seinen späteren Lebensweg prägte. Im Mai 1968, ein Jahr nach Ende des Sechstagekrieges im Juni 1967 zog es ihn nach Israel, wo er, in

Deutschland e. V.“ sitzt er mit am Tisch.

In seiner Berliner Vorderhaus-Altbauwohnung, deren ursprünglichen Grundriss er über die Jahre Zimmer für Zimmer „ermietend“ rekonstruierte, reiht sich Archiv an Archiv, ergänzt durch unwiederbringliche Sammlerstücke, die er aus allen Teilen der Welt zusammenträgt. Hier lebt und arbeitet er seit über 30 Jahren und seit über 20 Jah-

Freund und Helfer

Nicht nur auf die tatkräftige Mitwirkung der eigenen Kolleginnen und Kollegen ist die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaft der Polizei gegründet, sondern auch auf die Unterstützung und Beratung enger und sachkundiger Freunde aus allen Berufszweigen und gesellschaftlichen Bereichen. Seit einem Vierteljahrhundert kann sich die GdP auf Berndt Georg Thamm verlassen, als Referent im Bildungsprogramm der GdP, als Autor von Fachbüchern, als Berater in heiklen sicherheitspolitischen Fragen, als Analyst in aktuellen Lagen und als Gesprächspartner in Fachforen. Jeder von uns, der mit ihm zusammen arbeitet, schätzt nicht nur seinen ausgewogenen Rat, sondern vor allem seine hilfsbereite, besonnene, stets freundliche und freundschaftliche Art. Dafür ein herzliches Dankeschön und der Wunsch nach weiteren Jahren fruchtbarer Zusammenarbeit.

Konrad Freiberg

ge Leute aus aller Welt zogen über München, Istanbul, Kabul nach Indien bis zum Hippie-Mekka Katmandu oder von Zypern und Israel über Äthiopien nach Indien. Zurück in Deutschland schloss sich Thamm der ersten Drogenforschungsgruppe in Deutschland unter dem Gerichtsmediziner Friedrich Bschoran. Die Arbeit mit und über Drogenabhängige sollte ihn 20 Jahre lang nicht loslassen.

Die Kinder vom Bahnhof Zoo

Mit Christiane F. bekam das Drogenelend in Deutschland erstmals ein Gesicht. Christiane und ihre jungen Mitbetroffenen aus der Gropius-Stadt in Berlin gehörten zur Klientel Thamm's, damals Leiter der Drogenberatungsstelle des Caritas-Verbandes, als die Stern-Reporter Horst

Riek und Kai Hermann auf das Thema Drogen in Deutschland aufmerksam wurden. Zunächst war nur ein Interview mit Christiane geplant, geworden ist daraus eine ganze Stern-Serie, die in Elternhäusern, Schulen und Parlamenten ein Erdbeben auslöste. Das daraus entstandene Buch „Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ ist in Dutzenden Sprachen übersetzt und erscheint in der 25. Auflage. Thamm beriet den Stern und Uli Edel bei seiner Arbeit an dem gleichnamigen Film.

Schwerpunkte verändert

DP: War die Drogenkarriere der damals 14-jährigen Christiane anders als Drogenkarrieren heute verlaufen?

Thamm: In Deutschland wurde über sehr lange Zeit das Primat auf den legalistischen und

kriminelistischen Aspekt gelegt. Über lange Jahre ist das Drogenproblem dann doch noch in die Hände sozial und medizinisch helfender Berufe gekommen und die Einsicht gewachsen, dass hauptsächlich diejenigen verfolgt werden müssen, die die Drogen verkaufen.

DP: Wie haben 30 Jahre Drogenmissbrauch die Gesellschaft verändert?

Thamm: Wirklich drogenfreie Zeiten kennen junge Leute heute nur noch aus den Erzählungen ihrer Großeltern. In den letzten 30 Jahren ist aus Cannabis die am weitesten verbreitete illegale Droge der Welt geworden. Millionen haben bei uns Erfahrungen mit dieser Droge. Über Perioden von drei bis vier Jahren nehmen sie Hunderttausende, die danach nichts mehr mit ihr zu tun haben. Ein relativ kleiner Teil nimmt sie weiter regelmäßig. Es gibt keine

drogenfreien Orte mehr, weder auf Straßen, Schulen bis hin zum Strafvollzug. Wenn Kinder durch die Tür der elterlichen Wohnung gehen, kommen sie überall an Drogen. Aber: Man kann Cannabis nicht rauchen, wenn man nicht vorher gelernt hat, Zigaretten zu rauchen, wie der Vater oder die Mutter. Auch der Missbrauch von Medikamenten wird im Elternhaus gelernt, ebenso der Missbrauch von Alkohol. Abhängigkeit von illegalen Drogen trifft nach wie vor hauptsächlich junge Menschen, aber gemessen an der Gesamtbevölkerung ist die Zahl der Betroffenen klein. Wesentlich größer sind die Flurschäden bei Tabak und Alkohol, den legalen Drogen dieser Gesellschaft. Die Todesraten sind höher, ebenso die sozialen und wirtschaftlichen Schäden. Die illegalen Drogen haben die Gesellschaft nicht durch uferloses Wachstum verändert. Was

ZUR PERSON: BERNDT GEORG THAMM

unsere Gesellschaft viel schwerer getroffen hat, ist nicht die Opferseite, sondern es sind die Täter.

Innovationsschub in der Organisierten Kriminalität

DP: Womit wir bei der Organisierten Kriminalität wären. Der OK-Lagebericht 2003 verzeichnet einen erheblichen Rückgang der Ermittlungsverfahren. Gleichzeitig meinte die Politik,

innerhalb von drei Jahren auf 500 OK-Bekämpfer verzichten zu können. Weil sich die Organisierte Kriminalität auf dem Rückzug befindet?

Thamm: Es ist eher ein Beleg dafür, dass es immer weniger Helfelderkenntnisse gibt. Ich bin der festen Überzeugung, dass insbesondere nach dem letzten großen Innovationsschub der OK hin zur Netzwerkkriminalität, zur transnationalen Kriminalität, sich die Erkenntnisse darüber immer stärker verschleiern. Der riesige kriminal-

geographische Raum, der nach dem Ende des kalten Krieges in Europa entstanden ist, in dem sich die unterschiedlichsten Tätergruppen aus West und Ost treffen und auf hohem Niveau zusammenarbeiten, ist über die Möglichkeiten der polizeilichen Bekämpfung weit hinaus gewachsen. Die Polizei ist mit Management- und Wirtschaftsqualitäten ebenso wie mit Insider-Know-how von Mitgliedern osteuropäischer Nachrichtendienste und Schutzorganen konfrontiert und mit der Mitwirkung von Politikern. Das reduziert die Erfolge erheblich.

Polizei kämpft gegen Global Player

DP: Ist der Katalog der klassischen OK-Delikte mit Eigentum, Rauschgift, Wirtschaft, Fälschung, Prostitution, Gewalt, Schleuser, Zoll und Steuern noch hinreichend umfasst?

Thamm: Wohl kaum. OK ist zum Global Player geworden und durch die Schnittstellen zur Wirtschaftskriminalität, durch die Anwendung nachrichtendienstlichen Know-hows und modernster Kommunikationstechnologien müssen wir wohl zur Kenntnis nehmen, dass sich im Top-Level-Geschäft mafiöse Gruppen mit wirtschaftspolitischer Rückendeckung auch im Bereich der Schlüsselindustrien bewegen und Zugriff auf Erdöl, Erdgas, Buntmetalle, Edelmetalle, Edelsteine und anderes mehr in einer Dimension haben, die mit der herkömmlichen kriminalpolizeilichen Arbeit sehr schwer zu bekämpfen ist.

Anschläge auf die Ölindustrie

DP: Ist der steigende Ölpreis ein Naturereignis oder Ergebnis internationaler Machenschaften?

Thamm: Zumindest haben die „Sieben Schwestern“ (Esso, Texaco, Mobil, Shell, Gulf, Chevron und BP) mit ihren diversen Suborganisationen die Möglichkeit, die Preise künstlich zu erhö-

hen, da ein wirklicher Konkurrenzdruck nicht gegeben ist. Ich denke aber auch, dass im strategischen Vorgehen einiger Gruppen des Djihâd-Terrorismus durch gezielte Sprengstoffanschläge auf Industrieanlagen im Irak und Saudi-Arabien zwei Ziele erreicht werden sollen: Der verhasste Westen wird in eine harte Energiesituation getrieben und muss sich nicht nur mit höheren Preisen, sondern auch hohen Investitionen in alternative Energien herumschlagen und man trifft wirtschaftlich die Un-

Der „bibliophile Narr“ (Thamm über Thamm), den die Berliner Morgenpost in einem Artikel aus dem Jahr 1980 mit den Worten zitierte: „Ich habe früher eher Geld für ein Buch als für eine Hose ausgegeben“, veröffentlichte selbst 17 Werke, darunter einige auch im Verlag Deutsche Polizeiliteratur: „Drogenfreigabe – Kapitulation oder Ausweg?“ (1989), „Das Mafia-Syndrom“ (mit Konrad Freiberg) (1992), „Drogen – legal – illegal“ (1994), „Mehrzweckwaffe Rauschgift“ (1994), „Drachen bedrohen die Welt. Chinesische Organisierte Kriminalität“ (1996) und „Mafia global. Das Organisierte Verbrechen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ (mit Konrad Freiberg, 1998), „Terrorismus – ein Handbuch über Täter und Opfer“ (2002). Literarische Spuren hinterließ er in Enzyklopädien und Nachschlagewerken, wie dem Brockhaus und dem Duden Schülerlexikon.

gläubigen der westlichen Hemisphäre bis hin zum normalen Verbraucher. Dabei spielt es keine Rolle, dass das Gegenüber, das man zuerst trifft, Muslime im Irak und Saudi-Arabien sind. Sie zählen aus der Sicht des Djihâd-Terrorismus zu den Feinden des Islam, weil sie mit dem Westen kooperieren. Gerade Saudi-Arabien stehen schwere Zeiten bevor. Die Terrorismus-Abwehr im



Mit Akribie sammelt der Fachpublizist seit Jahrzehnten nahezu alle Veröffentlichungen über seine Spezialgebiete Drogen, Organisierte Kriminalität und Terrorismus aus allgemein zugänglichen wie aus kaum zugänglichen Quellen.

Westen sieht Szenarien, wie Anschläge auf Öl-Terminals in unseren Häfen und Off-Shore-Verladeplätzen. Aber auch maritimer Terrorismus, wie etwa die Sprengung eines Öl-Tankers mit einer von den Terroristen erwünschten Umweltkatastrophe an den Küsten westlicher Länder

ist etwas, auf das wir uns einstellen müssen.

DP: Die Beharrlichkeit Thamm's in der Verfolgung der Zusammenhänge internationaler Kriminalität wird eigentlich nur noch von seiner unverbrüchlichen Treue gegenüber Israel

auch in Zeiten überboten, in denen sie nicht sehr modern ist.

Thamm: Nicht jede Politik einer jeden israelischen Regierung hat mein Herz höher schlagen lassen. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass Israel ein unverbrüchliches Recht auf Existenz und Existenzverteidigung hat. Ich höre von meinen Freunden in Israel immer wieder, dass wir in Europa in Sachen Terror und Terrorbekämpfung anders diskutieren würden, wenn Autobusse mit Frauen und Schulkindern von Terroristen in die Luft gesprengt würden. Wer Erfahrung mit dieser Art von Terror auch in Europa hat, wie Spanien mit der ETA und England mit der IRA, denkt anders und befindet oder befand sich zumindest an der Seite der USA im Irak.

Keine Gnade beim Aufbau des Kalifats

DP: Wäre Deutschland Mitglied der Allianz, wenn es die RAF nicht in der Erinnerung sondern in der Gegenwart gäbe?

Thamm: Die RAF, auch die „Roten Brigaden“ in Italien, die „Action Directe“ in Frankreich oder „The Weathermen“ in den USA sind wie andere linksgerichtete Terrorismen mörderisch, aber peinlich darauf bedacht gewesen, keine nach ihren moralischen Maßstäben Unschuldige zu treffen. Für den Djihâd-Terrorismus sind alle schuldig, die

den Aufbau des Kalifats, des islamischen Gottesstaates behindern. Das zeigen die Konflikte in Asien. Bekämpft werden Hindus, Sikhs, Taoisten, Buddhisten und Muslime, moderate Muslime. Die Hard-Core-Djihâd-Terroristen mit ihren wenigen Zehntausend Kämpfern und vielen Hunderttausend Unterstützern stehen auch gegen eine Milliarde Muslime in der Welt und nicht nur gegen westliche Kreuzfahrer und Juden. Das zeigen die Anschläge in der säkularen Türkei, im größten muslimischen Land der Welt, Indonesien, im muslimischen Zentralasien, aber auch in Nordafrika.

Auch Muslime werden umgebracht

DP: Ein Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten würde den Djihâd-Terrorismus genauso wenig befriedigen wie eine Lösung des Nahost-Problems überhaupt?

Thamm: Nein. Wenn morgen der Konflikt in Palästina bereinigt wäre, würde der Djihâd-Terrorismus im Rahmen seiner sehr professionellen psychologischen Kriegsführung die Konflikte anderer Regionen hochfahren. Er instrumentalisiert solche Konflikte für die eigene Zielvorstellung, indem er durch eine dargestellte Zwecksolidarität aller Muslime letztendlich Solidarität auch für das eigene Ziel, für die Errichtung des Kalifats, einfor-

ZUR PERSON: BERNDT GEORG THAMM



Selbst in der Volksrepublik China zu kaufen, wenn auch dort offiziell verboten: dieses Bin-Laden-T-Shirt brachte er von seiner letzten Reise mit.

dass die islamistischen Extremisten lange Zeit die Möglichkeit hatten, in diesen Gemeinden islamistische Parallelwelten zu schaffen, in denen sie sich bewegen können wie Fische im Wasser. In diesen großen muslimischen Gemeinden, wie Duisburg und Berlin oder London und Paris konnten die Extremisten ungestört Druck auf ihre moderaten muslimischen Glaubensbrüder und -schwestern ausüben. Wer sich von denen an die hiesigen Spielregeln hält, dem wird vorgeworfen, dass er sich vom wahren Glauben abwendet. Diese Re-Islamisierung ist ja gerade von Polizeibeamten, die oft die einzigen sind, die noch wissen, was auf der Straße so läuft, in den vergangenen Jahren immer wieder genannt worden, ohne dass man auf sie gehört hätte. Heute müssen Hassprediger nicht einmal mehr in persona auftreten. Der Djihād-Terrorismus wirbt für seine Sache auf Videos, CDs, in Filmen, die in den Parallelwelten zirkulieren, ohne dass der polizeiliche Staatsschutz oder der Verfassungsschutz eine

europä. Sogar inmitten internationaler Polizei- und Streitkräfte, wie zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina, scheinen unsere OECD-Vertreter nur am Rande wahrzunehmen, dass in einer mittelgroßen Stadt innerhalb eines Jahres 30 Moscheen gebaut werden, die Schulen aber immer noch keine Heizung haben.

Bin Laden – Idol der muslimischen Jugend

DP: Nicht wenige in Ehren ergraute 68er ließen einst ihre Kinder auf den Namen „Che“ wie Che Guevara taufen. Mittlerweile werden Kinder nach Osama benannt. Ist Bin-Laden für einen muslimischen Jungen in Sarajewo, Karatschi oder Taschkent eine ähnliche Lichtgestalt wie der bolivianische Arzt und Guerillaführer es einst für die westliche Jugend war?

Thamm: Mehr noch und ganz bestimmt völlig unterschätzt im Westen. Hier sehen wir in Bin Laden und seinen Mannen die Most Wanted People in Sachen Terrorismus. In anderen Ländern ist der Wahhâbit, der strenggläubige Asket Osama derjenige, der seit 15 Jahren dem „Großen Satan“, also den USA, die Stirn bietet und der zuvor schon mit anderen Freiwilligen gegen ungläubige Russen in Afghanistan gekämpft hat. Osama-T-Shirts kann man von Lagos in Nigeria über die arabisch-muslimische Welt, über die zentralasiatischen Republiken bis Djakarta in Indonesien kaufen. Aus der Volksrepublik China, wo sie offiziell verboten sind, habe ich in einem Laden im Süden des Landes ein solches T-Shirt gekauft. Osama ist bei weiten Teilen der muslimischen Jugend ein Hero – früher Kämpfer und Befehlshaber und heute religiös-terroristische Inspirationsquelle. Das ist nicht zu unterschätzen, weil es auch zur global-strategischen Bedrohung gehört. Der Osama-Mythos wird noch schwerer zu bekämpfen sein, wenn Osama Bin-Laden tot und in der Welt der Islamisten ein wirklicher Märtyrer ist. Tote kann man nicht bekämpfen.

dert. Muslime, die dazu nicht bereit sind, werden umgebracht wie andere Ungläubige. Was wir erleben, ist noch kein „Krieg der Kulturen“, also kein „Clash of Civilizations“ nach Huntington.

dar al-harb (den „Regionen des Krieges“, gemeint ist damit jedes

Warnungen der Polizei zu lange ignoriert

DP: Bereitet der Djihād-Terrorismus dem „Clash of Civilizations“ aber den Weg, indem er durch seine Anschläge in der westlichen Hemisphäre die Diskussion wachruft, ob ein Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen überhaupt möglich ist?

Thamm: Die Gefahr besteht ernsthaft. Aus zwei Gründen: Die Geschehnisse in den aktuellen Konfliktregionen Palästina, Golf, Kaschmir, Tschetschenien, können auch moderate Muslime an die Seite der Extremisten führen. Die Folterskandale im Abu-Ghraib-Gefängnis in Bagdad haben den Amerikanern und den westlichen Verbündeten mehr geschadet als alles andere. Das war Wasser auf die Mühlen der Hassprediger in der ganzen Welt. Zum anderen haben wir in der



Seltene Sammlerstücke aus aller Welt rund um das Thema Drogen brachte Thamm von seinen zahlreichen Reisen mit. Fotos (4): Holecck

Gebiet, in dem Ungläubige herrschen – d. Red.), große muslimische Gemeinden. In der Europäischen Union leben zwölf bis 14 Millionen Muslime, meist in Ballungsräumen, wie ja auch in Berlin. Was wir nicht gesehen haben oder sehen wollten ist,

Chance hätte. Die Potenzierung des militanten Islamismus geschieht mitten unter uns und nicht nur in Deutschland. Gleiches geschieht in Frankreich, den Niederlanden, Italien, auf der iberischen Halbinsel, in Großbritannien oder auch in Südost-

Zu: Warn- und Einsatzkleidung, DP 10/04



Endlich wird dieses wichtige Thema aufgegriffen. Aus eigener Erfahrung unterstreiche ich den Artikel von G. Kubsch.

Im Jahre 1994 bestellte ich mir eine schussichere Weste auf eigene Kosten. Ich kann mich immer noch deutlich an die damaligen Reaktionen einiger Kollegen erinnern: „Was hast du vor, willst du in den Krieg ziehen?“

Im Jahr 2000 hatte ich einen schweren Dienstunfall, bei welchem ich innerorts von einem PKW erfasst und schwerstverletzt wurde. Die gegnerische Versicherung warf mir auch vor, dass ich in der Nacht auf der Fahrbahn nicht zu erkennen gewesen wäre. Und dieses trotz der neongelben Weste gem. EN 471. Ich selbst habe mir Gedanken zur Verbesserung meiner Eigensicherung hinsichtlich der Erkennbarkeit gemacht.

Einen entsprechenden Schutzanzug nach EN 471 Kl. III in Neongelb habe ich mir privat beschafft; mit Rückendeckung und Hilfe meiner Dienstärztin habe ich es mittlerweile nach zwei Jahren geschafft, eine schriftliche Genehmigung zum Tragen im Dienst zu bekommen. Mittlerweile muss ich zwar wieder mit Kommentaren wie „Siehst ja aus wie ein Müllmann“ bzw. „einer vom ADAC“ leben; wie damals eben mit meiner Schutzweste – diese jedoch hatte mir beim Unfall definitiv das Leben gerettet!

Jede Sekunde, die ein Verkehrsteilnehmer uns eher sieht, kann DIE entscheidende sein, die uns das Überleben rettet!

Schaut euch die Bilder an – meint ihr wirklich, dass diese lächerlichen Reflektoren eines Parkas bei Dunkelheit und Lichtern im Hintergrund zu sehen sind? Und wie viel eurer lebensrettenden Sekunden ist der Anzug wohl eher zu erkennen...

Rolf Leffrang, per E-Mail

Dass unsere Dienstbekleidung zum größten Teil nicht funktional ist und auch die dienstliche Jeans bzw. die Cargohose nicht zur Verschönerung und Erkennbarkeit unserer Uniform beitragen, ist unbestritten. Doch beim Betrachten dieser Bilder und beim Lesen dieses Artikels stellen sich mir die Nackenhaare hoch. Denn die Gefahren beim polizeilichen Einschreiten gehen nicht allein vom Straßenverkehr aus, auch besteht unsere Arbeit nicht nur aus Unfallaufnahme und Verkehrskontrollen. Aus diesem Grund sollte sich unsere Uniform nicht nur nach diesen Aufgabenfeldern richten, sondern vielmehr sollte sie zukunftsorientiert dunkel, d. h. in der Farbe Blau gehalten sein und für besondere Einsatz- bzw. Verwendungsbereiche (Verkehrsdienst, Autobahnstation, Verkehrsregelung bzw. Unfallaufnahme) durch reflektierende Zusatzbekleidung ergänzt werden.

Wie die letzten Jahre gezeigt haben, gehen die Gefahren einer Fahrzeugkontrolle nicht allein von der Geschwindigkeit vorbeifahrender Fahrzeuge, der Verkehrssituation oder mangelnde Erkennbarkeit aus, ein nicht außer acht zu lassendes Risiko geht von den Fahrzeuginsassen des zu kontrollierenden Fahrzeuges aus und daher sollte z. B. mehr Wert auf einen geeigneten Kontrollort gelegt werden.

Auch halte ich das Ziel, die Oberbekleidung gem. EN 471 zu zertifizieren, für genauso fraglich, wie die Farbe Weiß bei der Dienstmütze bzw. dem Einsatzhelm. Meiner Meinung nach könnte man sich gleich eine „Ser Ringscheibe“ auf Gesicht, Brust oder Rücken kleben und als wandelnde Zielscheibe fungieren.

M. Herget, per E-Mail

Zu: DNA – Spur zur Aufklärung, DP 9/04

Der Beitrag in der DP zum Thema DNA war gut. Ich bin seit

November verantwortlich für die DNA-Datei in Rheinland-Pfalz. Neben den in der DP dargestellten Problemen gibt es noch weitere:

1. Die Justiz schöpft den rechtlichen Rahmen der DNA-Maßnahmen nicht aus.

2. Wir arbeiten bundesweit mit einer veralteten DOK-Datei, die nun in INPOL-Fall migriert wird. Es zeigt sich immer mehr, dass dieses System für unsere Belange nicht geeignet ist.

Punkt 1. ist problematisch, da die Justiz in der Vergangenheit keine besondere Offenheit gegenüber DNA-Problematiken gezeigt hat.

Punkt 2. ist problematisch, da man IT des BKA angreifen müsste.

Martin Gerten, per E-Mail

Zu: Kommentar – Skandalös, DP 9/04

Der Artikel „Skandalös“ ist hoch interessant. Natürlich ist es ein Skandal, dass hier durch die Politik falsche, geschönte Zahlen veröffentlicht werden, um das gesamte Bild zu schönen. Oder dass wir im Bereich der Ermittlungen durch Personalabbau etwa ein Niveau von 1996 erreicht haben. Ebenso ein Skandal, dass auch den Behörden bekannt sein dürfte, dass Terroristen und sonstige Gefährder sich in Deutschland bewegen. usw. ... Mit das größte Alarmzeichen für mich ist, dass von einer Verzehnfachung der Kriminalität ausgegangen wird. Da kann einem als Wachtmeister schon bange werden. Aber wie muss es erst dem Bürger mit solchen Aussichten gehen, wenn er es denn wüsste.

Nur sollten wir aus der Vergangenheit gelernt haben, dass Politik sich einen Sch... darum kümmert, was Gewerkschaften oder Polizeibeamte gerne hätten. Große Demos, wie in der Vergangenheit, nützen nichts. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass es mehrere Gewerkschaften gibt, die jede ihr eigenes Süppchen kochen, dann kann dass nicht zum Ziel führen.

Mindestens genauso wichtig ist, die Einbeziehung der Bürger.

Was nützt es uns allen, wenn wir gut informiert sind und uns gegenseitig die Klagelieder vorsingen? Nichts, absolut nichts.

Der Bürger muss wissen was ihm bald blühen wird, wenn es weiter in Richtung des „Kauptsparens“ geht. Deshalb ist es dringend notwendig, den Bürger umfassend zu informieren. Der Artikel „Skandalös“ muss an die Bürger gebracht werden. Dieser Artikel muss in jede Zeitung. Wir dürfen nicht locker lassen und müssen den Bürger immer wieder mit ins Boot holen. Erst dann haben wir eine Chance uns mit den Bürgern gegen die Politik durchzusetzen.

Horst Kapp, Autobahnpolizei Stukenbrock-Senne

DP-Sammelband

Allen Mitgliedern steht im internen Bereich des GdP-Internetauftritts ab sofort monatlich der DP-Sammelband mit allen Lan-desteilen sowie dem BGS- und BKA-Teil zur Verfügung.

Die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Wiederholungstäter

Alle Jahre wieder kommt die Regierung der Slowakischen Republik auf die Idee, ihre Polizisten der Militärgerichtsbarkeit zu unterstellen. Hierdurch soll v. a. die überlastete (zivile) Strafrichterbarkeit in der Slowakei entlastet werden.

Einem Hilferuf der slowakischen Polizeigewerkschaft OzP folgend, hat EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer im Namen von EuroCOP heftigen Widerspruch gegen das Vorhaben der slowakischen Regierung eingelegt.

Bei einem Besuch in der Hauptstadt Bratislava hat Kiefer in Gesprächen mit Fraktionsvorsitzenden im Parlament, den Parteivorsitzenden, dem Innenminister und den Polizeipräsidenten erneut auf die Unvereinbarkeit eines solchen Vorhabens mit dem Rollenverständnis der Polizei in einer Demokratie hingewiesen. „Die mit der Militärgerichtsbarkeit einhergehende

Verkürzung der Rechte beschuldigter Beamte im Verfahren wäre nicht hinnehmbar. Die Slowakei würde sich nach dem gelungenen EU-Beitritt durch diesen Schritt direkt wieder ins europäische Abseits manövrieren“, so Kiefer.

Als Folge dieser intensiven Bemühungen zeichnet sich ein Abrücken der Regierung von ihrem Gesetzesvorhaben ab.

Miroslav Litva, Vorsitzender der OzP, hofft, auf dem Kongress der OzP am 29. Oktober einen Erfolg für die Polizisten und Polizistinnen in der Slowakei verkünden zu können.

Die Unterstellung einer im Übrigen zivil kontrollierten Polizei unter die Militärgerichtsbarkeit wäre in der Tat in Europa einzigartig. EuroCOP hat bereits in 2002 und 2003 erfolgreich gegen die Unterstellung der Polizei in der Slowakei unter die Militärgerichtsbarkeit Widerspruch eingelegt. Beide Male war es durch intensive Gespräche mit Parlamentariern gelungen, die Verabschiedung eines entsprechenden Ge-

setzes in letzter Minute zu verhindern – nicht zuletzt durch den Hinweis auf die drohende Isolation in der EU.



Ein alter Bekannter – Innenminister Vladimir Palko hier auf der EuroCOP Gewaltkonferenz im März 2003 in Bratislava Foto: JV

JV

„Militärpolizei“ als Exportschlager

EU beschließt gemeinsame Gendarmerie für den Einsatz in Krisengebieten

Die auf einen Vorschlag der französischen Verteidigungsministerin Michelle Alliot-Marie zurückgehende Idee wurde in der EU von Italien, Spanien, Portugal und den Niederländern aufgegriffen, die gemeinsam mit Frankreich Einheiten aus den in diesen Ländern immer noch existierenden Gendarmerien zur Verfügung stellen werden.

Bis zu 900 Gendarmerieangehörige sollen nach dem Aufbau innerhalb von 30 Tagen an einen internationalen Krisenherd versetzt werden können, mit weiteren 2.300, die nachgezogen werden können.

Die Idee beruht auf Erfahrungen bisheriger internationaler Einsätze, in denen nach einer unmittelbaren Beendigung von Kampfhandlungen durch das Militär die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Wiederaufbau einer zivilen Verwaltung wieder an Gewicht gewinnen.

Diese polizeilichen Aufgaben können vom Militär mangels Ausbildung und geeigneter Ausrüstung nicht ausgeführt werden. Vor allem im Kosovo wurde die Erfahrung gemacht, dass das Militär im Umgang mit Demonstrationen Schwierigkeiten hat. Andererseits erlaubt es die Lage in diesen Gebieten oft nicht, Polizisten dorthin zu versetzen, die wiederum nicht für den Umgang mit einigen spezifischen Gefahren, wie z. B. Heckenschützen, unmittelbar nach einem militärischen Konflikt, ausgebildet und ausgerüstet sind. Diese Lücke zwischen militärischer Befriedung und dem Aufbau ziviler Strukturen soll nun durch die paramilitärische EGF geschlossen werden.

Am 17. September haben sich im niederländischen Noordwijk die EU-Verteidigungsminister auf die Einrichtung einer Europäischen Gendarmerie geeinigt. Die European Gendarmerie Force (EGF) wird mit einer Gesamtstärke von 3.000 Mann errichtet, ihr Hauptquartier in Vicenza in Norditalien haben und soll für Einsätze in internationalen Krisengebieten zur Verfügung stehen.

Bisher haben die EU Mitgliedsstaaten, die, wie die Bundesrepublik, keine paramilitärische Polizei unterhalten, eine Beteiligung an der EGF abgelehnt, sich aber auch nicht gegen das Projekt als solches ausgesprochen, das im Übrigen im Einklang mit dem Krisenbewältigungsmodell der Vereinten Nationen steht. Dieses Modell sieht nach einer ersten Phase der Befriedung eines Krisengebiets

chen Verwaltung die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung wieder an zivile Polizeikräfte übergeben werden.

Dieses Konzept wirkt zwar in sich schlüssig, die Schließung der Lücke durch paramilitärische Einheiten der Gendarmerie ist aber nur eine von mehreren Möglichkeiten. Bedauerlich ist, dass andere Möglichkeiten durch die Benennung der EGF als

„Gendarmerie“ europaweit auf dem Rückzug ist. Belgien hat seine Gendarmerie in einer großen Polizeireform aufgelöst und auch in Frankreich, Italien und Spanien verschwimmt die klare Trennlinie zwischen Aufgaben der Gendarmerie und der zivilen Polizei zunehmend. Die Aufteilung der Verantwortung für die Polizei zwischen Verteidigungs- und Innenministerium in diesen Ländern steht damit insgesamt zur Disposition und zu Recht gibt es eine klare Tendenz zur ausschließlich zivilen Organisation der Polizei.

Die Frage, ob das Feld der internationalen Einsätze und damit auch der Aufbau von Polizei in diesen Gebieten ausschließlich

der Gendarmerie mit ihrer militärischen Struktur überlassen werden sollte, ist vor diesem Hintergrund mehr als berechtigt. Die Entwicklung zeigt jedoch klar, dass internationale Einsätze längst keine ausschließliche Domäne des Militärs mehr sind, sondern zunehmend auch die Polizei betreffen.

Hier bleibt abzuwarten, ob das NEIN des Innenministers zu einer deutschen Beteiligung an der EGF dauerhaft Bestand haben wird. Unabhängig davon aber macht die



Unruhen in Mitrovica (2000) – Soldaten versuchen, die aufgebrachte Menge in Schach zu halten Foto: UNMIK

durch das Militär eine zweite zivilmilitärische Phase vor, in der Aufgaben vom Militär zunehmend auf paramilitärische Einheiten übergehen. Nach einer Stabilisierung der Gesamtsituation soll dann parallel zum Wiederaufbau einer zivilen öffentli-

„Gendarmerie“ quasi ausgeschlossen werden: Zum einen sind geschlossene Einheiten der Polizei, die auch weitgehend autark operieren können, nicht auf eine Gendarmerie beschränkt.

Zum anderen gilt es zu bedenken, dass das Modell der „Gen-

Gründung der EGF deutlich, dass die personellen Belastungen der Polizei auch in Zukunft durch Auslandseinsätze weiter wachsen werden. Es bleibt zu hoffen, dass dann endlich auch die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden, die schon jetzt in der Polizei fehlen.

HK

CASTOR 04: ATKIV-PLUS-Betreuung durch JUNGE GRUPPE

Wie jedes Jahr rollt auch in diesem November der CASTOR. Ca. 11.000 hauptsächlich junge Kolleginnen und Kollegen müssen daher wieder ins Wendland, um ihn sicher „rein zu bringen“.

Da die Betreuung seitens des Dienstherrn oft zu Wünschen übrig lässt, beschloss der Bundesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE auf seiner letzten Sitzung, eine eigene Betreuung seitens der JUNGE GRUPPE auf die Beine zu stellen.

Da aber eine solche Betreuung gewisse Planungen erfordert und es von der GdP des Landes NRW bereits ein

hervorragendes Betreuungskonzept gibt, trafen wir uns Ende September bei der 14. BPH in Köln mit dem Kollegen Helge Pohl (Sachbearbeiter im Direktionsbüro BP Köln), der das Betreuungskonzept maßgeblich mitgestaltet und mit dem Kollegen Tom Sanders (Leiter Direktionsbüro BP Köln/Abteilungsführer) zu interessanten und für unser Vorhaben sehr hilfreichen Gesprächen.

Und so sieht unsere Planung nun aus:

Folgende Kolleginnen und Kollegen nehmen extra Urlaub, um rund um die Uhr für euch im Einsatzgebiet sein zu können:

- Karen Seiter aus Baden-Württemberg,
- Simon Farr aus Nordrhein-Westfalen,
- Armin Zimmermann aus Bayern,

- Deiske Lüdemann aus Hamburg,
- Axel Brinker aus Niedersachsen und
- Jens Berner aus dem Saarland.

Wo findet ihr uns? – Überall dort, wo auch ihr seid – sei es an der Straße, an der Schiene, in den



Nach dem Gespräch in Köln: v. l. n. r. Simon Farr, Tom Sanders und Jens Berner.

Foto: JUNGE GRUPPE

Unterkünften oder beim Objektschutz. Wir sind rund um die Uhr mit einem Bully für euch unterwegs und außerdem per Handy und SMS erreichbar: 01 60 / 97 91 62 87.

Was bieten wir euch an? – Wir wollen Euch den Einsatz etwas angenehmer gestalten. So bieten wir euch z. B. einen Einkaufsservice an – für all die kleinen Dinge, die in Supermärkten oder an der Tankstelle zu haben sind.

Weitere Infos und Angebote erhaltet ihr über unser Info-Blatt, das wir vor Ort an euch verteilen werden. Darauf findet ihr auch weitere Handy-Nummern.

Also scheut euch nicht, das AKTIV-PLUS-Betreuungsteam zu kontaktieren.

JUNGE GRUPPE (Bund)

Bitte lächeln

Was hierzulande Anlass für heftige Diskussionen ist, gilt in anderen europäischen Ländern als selbstverständlich: die Video-

„Bitte lächeln! Das Gebiet wird videoüberwacht. Oslo Polizeidistrikt“.

So steht es auf den Schildern,



„Bitte lächeln!“ Die Schilder der Osloer Polizei weisen auf die Video-Überwachung hin.

Fotos: W. Dicke



Oslos Einkaufsstraße, die Karl-Johan-Gatan, steht nicht nur unter Video-Überwachung, man begegnet auch häufig Polizeistreifen

Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Auch in Norwegens Hauptstadt Oslo finden sich zahlreiche Video-Kameras. Auffällig ist ein gewisser Charme, mit dem auf die Tatsache der Überwachung hingewiesen wird:

die an Laternenpfählen oder Ampelmasten angebracht sind. Damit ist der gesetzlichen Anforderung Genüge getan, auf die Überwachung hinzuweisen, aber der Ton macht ja bekanntlich die Musik. **W. Dicke**

ANKÜNDIGUNG

Polizei-Poeten-Jahrestreffen

Am 20. und 21.11.2004 findet an der Akademie der Polizei Baden-Württemberg, Freiburg im Breisgau, das Jahrestreffen der Polizei-Poeten mit Literatur-Workshop statt.

Themen werden u. a. sein: Entwicklung und Stilrichtungen der Literatur ab der Moderne (mit praktischen Übungen), was macht einen Text zu Literatur? (Beispiele und Literaturempfehlungen), Erlernen verschiedener Schreibtechniken mit Korrektur der Arbeiten, Tipps und Tricks aus dem Literaturbetrieb, vom Manuskript bis zum fertigen Buch.

Es referieren: Ulrike Wörner, Germanis-

tin, Literatur- und Politikwissenschaftlerin und langjährige Workshop-Leiterin mit internationaler Erfahrung und Tilman Rau, freier Radios und Zeitungsjournalist, Studium der Politikwissenschaft, Amerikanistik und Neuer deutscher Literatur, Schreibwerkstattleiter zum Thema „Reportage“

Unkostenbeitrag: 100 Euro (bei Anreise am 19.11. – beinhaltet zwei Übernachtungen/Frühstück/Mittagessen und Kursgebühren), 90 Euro (bei Anreise am Samstagmorgen) Anmeldung bis 5.11.2004 Weitere Infos unter: volkeruhl@polizei-poeten.de

Pseudo-Polizeiverlage

Mit dem Namen Polizei und dem Polizeistern lassen sich lukrative Geschäfte machen. So genannte „Polizei-Verlage“, Agenturen und Anzeigenverwaltungen nutzen schamlos den Namen Polizei für ihre Werbezwecke aus.

Immer häufiger trifft es die ahnungslosen Anzeigenkunden der Schriftenreihe „Sicherheit Heute“. Die Werber der Stiftung Blickkontakt, die eng mit einer Bundesvereinigung der Polizei-Basis-Gewerkschaften (BPG) zusammen arbeiten, erklären meist telefonisch den zu bewerbenden Kunden, dass sie im Auftrag der Polizeigewerkschaft anrufen. Dann erfolgen unterschiedliche Angebote für Anzeigen in der Broschüre „Sicherheit Heute“, die geschaltet werden sollen. Meist wird bewusst im telefonischen Verkauf auf ein sensibles Thema wie „Kindesmisshandlung“ oder auch „Kinderpornographie“ gesetzt. Den Geschäftsleuten wird nach Zusendung der Geschäftsbedingungen suggeriert, dass die Polizei in Form der Bundesvereinigung der Polizei-Basis-Gewerkschaften für Anzeigen wirbt.

Einige Kunden sind mit der Schaltung einer Anzeige einverstanden, um die „gute Sache“ zu unterstützen. In den Geschäftsbedingungen ist aber zu lesen, dass nach der Schaltung der Anzeige eine schriftliche Kündigung

ausgesprochen werden muss. Ansonsten wird eine Verpflichtung für bis zu weitere 12 Monate bzw. die Schaltung von bis zu 12 weiteren Anzeigen eingegangen.

Bundesweit haben geprellte Gewerbetreibende bereits Hunderte zivilrechtliche Verfahren gegen den Blickkontakt-Verlag geführt, um sich gegen diese Machenschaften zu wehren. In der Regel enden die Verfahren mittlerweile so, dass der Geschäftsmann zur Zahlung einer Anzeige verpflichtet wird, der Aboauftrag für die weiteren Anzeigen allerdings als nichtig erklärt wird.

Erst kürzlich haben die Werber vom Blickkontakt-Verlag umfirmiert, der neue Verlag, der mit den exakt gleichen Methoden und dem identisch aufgemachten Anzeigenabo-Formular weiterarbeitet, heißt nun **VSI – Verlagsgesellschaft für staatsbürgerliche Informationen mbH**. Auf dem Formular prangt nach wie vor der Stern der BPG. Die Umfirmierung ist allgemein ein gern genutztes Mittel, um sich

der gesetzlichen „Haftung“ zu entziehen oder auch um ein negatives Image abzustreifen.

Die Kopiermaschine

Eine ganze Reihe von weiteren Pseudo-Polizeiverlagen bedient sich zum Zwecke des Anzeigenverkaufes der so genannten Kopiermaschine:

Sie kopieren Anzeigen aus seriösen Polizeipublikationen heraus und integrieren diese in ihre eigenen Anzeigenangebote für ihre Publikationen. In der Regel taucht in den Angeboten, die den Gewerbetreibenden gemacht werden, der Name „Polizei“ in Verbindung mit dem Firmennamen oder der beworbenen Publikation auf. Hier wird versucht, Nähe zur Polizei zu demonstrieren. Oft handelt es sich, wie auch bei den Auftragsformularen der Stiftung Blickkontakt, um Anzeigenaboaufträge.

Grundsätzlich ist beim Erhalt eines Anzeigenangebotes oder auch der telefonischen Kontaktaufnahme eines Anzeigenwerbers im Namen der Polizei äußerste Vorsicht geboten.

Der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH (VDP) bekämpft die Machenschaften der unseriösen Polizeiverlage mit allen Mitteln. In Sachen Kopiermaschine konnten nun erstmalig zwei Pseudo-Polizeiverlagen das Werben mit ab-

kopierten Anzeigen per Gerichtsurteil untersagt werden.

Seit über 50 Jahren erstellt der VDP polizeiliche Publikationen für die GdP, die zum einen der Information von Bürgern, Gewerbetreibenden und Polizeibedienten dienen und zum anderen im Präventions- und Schulungsalltag eingesetzt werden. Der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH Anzeigenverwaltung hat ein Warnschreiben entwickelt, das sowohl den Gewerbetreibenden als auch den Betroffenen im polizeilichen Dienst eine erste Hilfestellung sein soll, wenn es um das Thema unseriöse Anzeigenwerbung mit dem Namen der Polizei geht. Das Warnschreiben steht zum Download auf der Website des VDP bereit – www.vdpolizei.de. Auf dieser Website zeigt der Verlag in der Rubrik „Vorsicht Falle“ auch die volle Bandbreite der Machenschaften der Pseudo-Polizeiverlage auf.

**Bodo Andrae, Geschäftsführer
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung**





Diensthauptpflichtversicherung

Innerhalb der Leistungen der Gewerkschaft der Polizei ist auch eine Diensthauptpflichtversicherung eingeschlossen. Nachstehend möchten wir das Deckungskonzept näher erläutern:

Zum Umfang der bestehenden Diensthauptpflichtversicherung (PVAG, Dortmund) gehört es, die im aktiven Dienst stehenden Mitglieder der GdP vor Rückgriffs- und Haftpflichtansprüchen des Bundes bzw. der Länder aus Schäden, die die versicherten Polizeiangehörigen im Dienst anrichten, zu schützen.

Nach § 78 des Bundesbeamtengesetzes (und analogen Bestimmungen in den Landesbeamtengesetzen) ist der Beamte verpflichtet, bei vorsätzlich oder grobfahrlässig herbeigeführter Pflichtverletzung den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Dabei kann der Dienstherr selbst oder aber auch ein Dritter geschädigt sein, was i. d. R. einen Schadenersatz des Dienstherrn auslöst mit der Konsequenz, dass der Schadenverursacher in Regress genommen wird.

Für Tarifbeschäftigte gelten die tariflichen bzw. allgemeinen arbeitsrechtlichen Bestimmungen analog.

Somit ist eine Ingressnahme von Seiten des Dienstherrn nur bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz möglich. Schäden auf Grund einfacher Fahrlässigkeit gehen zu Lasten des Dienstherrn.

In jedem Fall sollte der Personalrat eingeschaltet werden.

Zu den Leistungen der Diensthauptpflichtversicherung gehört es:

- die Rechtmäßigkeit der Forderung zu prüfen,
- unberechtigte Forderungen abzuwehren,
- berechtigte Ansprüche zu befriedigen; sofern der Schaden auf grober Fahrlässigkeit beruht.

Aufgrund dessen sollten keine Schuldanerkenntnisse abge-

geben bzw. vorab Schadenersatz geleistet werden.

Schäden die vorsätzlich herbeigeführt wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Haftpflichtversicherung tritt selbstverständlich nur für den zivilrechtlich entstandenen Schaden ein.

Folgende Summen sind versichert:

Personen- und Sachschäden pauschal 1.000.000 Euro;
Vermögensschäden 13.000 Euro;

Schäden aus Abhandenkommen von Sachen 2.600 Euro, wobei das Abhandenkommen beim Ausscheiden aus dem Polizeidienst, d. h. bei der Auskleidung, kein Versicherungsschutz besteht. Ferner gilt der Schlüsselverlust bis zu einer Summe von 26.000 Euro mitversichert.

Tag der offenen Tür im BGSAMT F



Das Thema Gewaltprävention an Schulen wird uns in nächster Zeit ganz sicher erhalten bleiben. Dazu gibt es republikweit viele Initiativen, in denen auch Kolleginnen und Kollegen hoch engagiert mitarbeiten.

Auch die Kreisgruppe BGSAMT F der GdP stellte sich diesem Thema. Zum Tag der of-

fenen Tür in der Liegenschaft Frankfurter Berg im September stellte sie zur Problematik Gewalt an den Schulen aus und bot für rund 800 Schüler und dem Lehrpersonal aus Frankfurter Schulen Infomaterial und Lektüre an. Für die zahlreichen Fragen der Schülerinnen und Schüler zum o. g. Thema, aber auch zum

Berufsbild eines Polizeibeamten im BGS und der Gewerkschaftsarbeit, standen Mitglieder der Kreisgruppe zur Verfügung.

Darüber hinaus stand die BGS Liegenschaft Frankfurter Berg zur Besichtigung zur Verfügung (s. Foto). Neben den Darstellungen von Frankfurter Feuerwehr, THW und der Verkehrsgesellschaft Frankfurt/M konnte man Fallschirmabsprünge von GSG-9-Beamten und einen simulierten Einsatz einer BFHu bestaunen.

Auch dabei präsentierte sich die Kreisgruppe mit ihrem Infostand. Hier wurde speziell das Thema „Verlängerung der Arbeitszeit“ dargestellt und diskutiert.

Ein Teil dieses Verkaufserlöses des GdP-Infostandes geht in die Spendenaktion „Ein Herz für Kinder“, Stichwort „Beslan“. Hier möchte die GdP-Kreisgruppe BGSAMT F die Kinder und Angehörigen aus Beslan bei der Bewältigung Ihrer Tragödie unterstützen.

Foto und Text: Dirk Seim

Ab dem 1.1.2004 ist auch das außerdienstliche Führen und Besitzen von Schusswaffen und Waffen mitversichert.

Allerdings nur dann, wenn das GdP-Mitglied von den dienstlichen Bestimmungen des betreffenden Landes/des Bundes in der jeweils gültigen Fassung betroffen ist und diese Bestimmungen Regelungen über das Besitzen und Führen von Schusswaffen und Waffen (Reizstoffsprüngeräte) außerhalb des Dienstes enthalten und diese vom GdP-Mitglied eingehalten werden.

Grundsätzlich gilt: Schäden, die unter den Deckungsbereich einer Privat-Haftpflichtversicherung fallen, sind nicht mitversichert.

Ferner gilt eine Selbstbeteiligung pro Schadenfall als vereinbart.

Schadenfälle bei Dienstfahrten mit Kraftfahrzeugen, Wasserfahrzeugen und Hubschraubern sind über eine Dienstfahrzeug-Regress-Haftpflichtversicherung über den jeweiligen Landesbezirk versichert.

DL

Forschungsprojekt zur Lebensarbeitszeit

Auf Anregung der GdP plant die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ein Forschungsprojekt zur wissenschaftlichen Bewertung der Lebensarbeitszeit von Polizeibeamtinnen und -beamten unter Berücksichtigung der besonderen psychischen Belastungen des Polizeidienstes, insbesondere durch Schichtarbeit.

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte geriet auch die vorgezogene gesetzliche Altersgrenze für Polizeibeamtinnen und -beamte in den Fokus der Haushälter. Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben die Lebensarbeitszeit unserer Kolleginnen und Kollegen bereits ver-

längert. In weiteren Ländern werden solche Schritte erwogen. Aus unserer Sicht als Berufsvertretung ist es daher erforderlich, eine Argumentationsbasis zu schaffen, die es ermöglicht, überprüfbare und sichere Aussagen zur Altersgrenze im Polizeidienst zu treffen.

In der Vergangenheit haben sich eine Reihe namhafter Forschungseinrichtungen mit

Fragen der Schicht- und Nachtarbeit, richtiger Ernährung in Wechselschichtdiensten, Altersarbeit, psychischer Belastungen am Arbeitsplatz etc. befasst. Die Ergebnisse dieser zahlreichen Studien wurden bislang allerdings noch nicht zusammengefasst und auf eine bestimmte Berufsgruppe abgebildet, insbesondere nicht über die Dauer des gesamten Erwerbslebens. Aufgrund der besonderen und vielfältigen Belastungen des Polizeidienstes bot es sich geradezu an, die Durchführung eines solchen Vorhabens bei der obersten deutschen Arbeitsschutzbehörde anzuregen.

Dankenswerterweise hat sich die BAuA bereit erklärt, ein solches Vorhaben auf den Weg zu

bringen. Wir als GdP wollen dabei auch tatkräftig mithelfen und sowohl die Vorbereitung als auch die späteren Projektarbeiten aktiv unterstützen.

Um für die Erstellung der Leistungsbeschreibung hinreichende Kriterien und Argumente zu sammeln, wird dem Projekt am 2. und 3. November 2004 in der BAuA Dortmund ein Workshop vorgeschaltet, in dessen Rahmen einige – nach diversen Arbeitsbelastungen ausgesuchte – Polizeibeamtinnen und -beamte zusammen mit drei Wissenschaftlern die Grundlagen für das Projekt erarbeiten.

Über den Projektverlauf wird in DP berichtet. *hjm*

Dicke Luft in Dienststellen – Zeit zu handeln!

Unter der Überschrift „Dicke Luft in Dienststellen – oder Körperverletzung im Amt einmal anders“ berichtete ich in der DP 4/03, S. 19ff umfassend über Gesundheitsgefahren durch Toner von Laserdruckern und Kopierern. Ausgangspunkt der Erkenntnisse waren zunächst meine eigenen Erfahrungen: Der Toner eines dienstlichen Laserdruckers hatte bei mir schwere Entzündungen der Atemwege verursacht.

Die Krankheit, die aufgrund eindeutiger Beweise als Dienstunfall anerkannt worden war, hatte irreparable Lungenschäden verursacht, mit der Folge der Polizeidienstuntaug-

Für die GdP-Mitglieder ist die Verbesserung des Arbeitsschutzes im Polizeidienst das wichtigste gewerkschaftliche Aufgabenfeld. Dies ergab die Mitgliederbefragung der GdP (Deutsche Polizei 8/2004, S. 10f).

brauch“ lautete die Standardformel, die seit Jahren gemeinsam von Berufsgenossenschaften und Herstellern beschworen wird und die angeblich durch Studien wissenschaftlich untermauert ist.

Realitäten

Die Wirklichkeit sieht in der Tat anders aus: Infolge des DP-Artikels gingen innerhalb weniger Wochen über 100 neue schriftliche Mitteilungen über Verdacht von Gesundheitsschädigungen durch Toner ein, zumeist aus dem Polizeibereich. Darunter sind viele erschütternde Fälle mit schweren Erkrankungen. Die Zahl der registrierten Verdachtsfälle auf Tonerschädigung hat sich mit

sein. Innerhalb weniger Tage wurde die Dienststelle laserdruckerfrei und siehe da, die Erkrankungen der Kollegen verschwanden.

So erfreulich dies ist, so unverständlich ist es, dass die Hamburger Kollegen an exakt dem gleichen Toner erkrankten, der mich vor Jahren in die Pension gebracht und der Stadt Hamburg einen Millionenschaden beschert hatte. Mehrere Kollegen konnten zwischenzeitlich medizinisch den Nachweis führen, dass tatsächlich „ihre“ Toner für die Beschwerden verantwortlich sind. Zwei Drittel der Verdachtsfälle der Polizeibesetzten entfallen übrigens auf Produkte eines Herstellers. Diese Laserdrucker sind besonders bei Behörden verbreitet, weil sie als kostengünstig gelten – Kollateralschäden nicht gerechnet.

Studienergebnisse

Mittlerweile hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) nach über fünf Jahren endlich die Ergebnisse einer Tierversuchsstudie der Düsseldorfer Uni veröffentlicht. In der so genannten 19-Stäube-Studie hatte man die krebserregende Wirkung von Stäuben, darunter auch Toner, untersucht. Das Ergebnis: Der Toner war, obwohl er als nicht toxisch eingestuft war, eindeutig krebserregend und es gab keinen Hinweis auf Wirkungsschwellen. Prof. Dr. Peter Wardenbach, Leiter der Gruppe „Stoffgrenzwerte, Toxikologie“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dortmund, erläuterte die Ergebnisse der Studie in dem Plusminus-Beitrag (ARD) „Laserdrucker – Die unter-



Schmutzige Realität im Büroalltag! Reizstoff Toner: Vorsicht, nicht berühren und nicht einatmen!!!

Foto: ITG

lichkeit und der Frühpensionierung mit 43 Jahren. Da ich kein Einzelfall war, begann ich mit Recherchen, deren Ergebnisse ich in der DP erstmals vorstellte, um über die Risiken aufzuklären, weitere Schädigungen aufzudecken und zu verhindern.

Der Artikel hatte zu erheblichen Reaktionen geführt. Ruhe schien die erste Beamtenpflicht und so wurde vielfach dementiert: „Keine Gefahr bei bestimmungsgemäßem Ge-

über 700 Fällen zwischenzeitlich mehr als verdoppelt und die Polizeibesetzten stellen aufgrund des DP-Artikels die größte Gruppe. Hier zeigt sich eindeutig die Dunkelfeldproblematik. Jeder dritte Polizeibesetzte berichtet zudem über gleiche Fälle im Kollegenkreis. Auch zwei Kollegen von einem Hamburger Kommissariat verdächtigten den Laserdrucker, für ständig wiederkehrende grippeartige Beschwerden verantwortlich zu

Test

Computer Bild (Nr. 19/2004, v. 6.9., S. 28ff.) stellte in einem aktuellen Test von acht Tonern und Laserdruckern wiederum höchst unterschiedliche Schadstoffprofile mit erhöhten flüchtigen organischen Verbindungen, zinnorganischen Verbindungen und Nickel fest und kommentierte:

„Von einem Laserdrucker erwarte ich, dass er Texte in Topqualität zügig ausdrückt. Meine Gesundheit will ich dabei nicht aufs Spiel setzen. Gift im Toner? Nein, danke! Liebe Hersteller: Verbannt doch endlich die schädlichen Chemikalien aus euren Produkten!“

Computer Bild warnt:

- Tonerpatronen sind nach den Anweisungen der Hersteller zu wechseln. Tragen Sie Schutzhandschuhe und wirbeln Sie keinen Tonerstaub auf. Eventuell verschütteten Toner sollten Sie mit einem feuchten Wischtuch aufnehmen.
- Beim Drucken sammelt sich Tonerstaub im Gerät. Laserdrucker sollten deshalb regelmäßig gereinigt werden, am besten in einer Fachwerkstatt.
- Geräte nie mit Druckluft reinigen! Dazu gibt es Staubsauger mit Spezialfiltern (Handschuhe und Schutzmaske tragen!).
- Nach allen Berührungen mit Toner die Hände mit kaltem Wasser und Seife gründlich waschen.
- Lüften Sie regelmäßig und gründlich, wenn Sie mit Laserdruckern arbeiten. Vor allem bei vielen Druckaufträgen.
- Benutzen Sie Laserdrucker möglichst nur in Räumen, in denen Sie sich selten aufhalten, und nicht in Räumen, in denen Sie schlafen oder essen.

schätzte Gefahr“ vom 10.2.04: „Hier besteht die Gefahr oder wir befürchten, dass auch bei Einhaltung dieses allgemeinen Staubgrenzwertes eine Lungenkrebs erzeugende Wirkung dieser Stäube nicht ausgeschlossen werden kann.“ Ganz sicher sehen die Wissenschaftler ein höheres Krebsrisiko besonders für das Wartungspersonal von Laserdruckern, die häufig mit großen Mengen von Tonern in Kontakt kommen.

Eine Folgeuntersuchung durch das Berufsgenossenschaftliche Institut (BIA) mit einem modernen Toner zeigt im Tierversuch wiederum die entzündliche Wirkung des Toners auf die Atemwege. Das BIA gab gleichwohl Entwarnung: Die Versuchsbedingungen seien nicht auf den Büroalltag übertragbar. Es sollte aber berücksichtigt werden, dass es nur ein Kurzzeitversuch war. Im Büroalltag dage-

gen sind die Nutzer über lange Zeit den Tonern unmittelbar ausgesetzt.

Die schädigenden Stoffe und Partikel wirken aus der Raumluft direkt auf die Schleimhäute, bis tief in die Bronchien.

Allergische Wirkungen wurden gar nicht erst in Betracht gezogen, obwohl viele Toner allergisierende und krebserregende Schwermetalle wie Nickel und Kobalt enthalten, auf die große Teile der Bevölkerung allergisch reagieren.

Ein Versuch an Humanzellen im Auftrag der Landesgewerbeanstalt Bayern ergab zudem bei einem Toner eine akut zytotoxische Wirkung.

Internationale Erfahrungen

Auch in anderen Ländern wird immer häufiger über Ge-

sundheitsrisiken und Schäden durch Toner berichtet. Im Schweizer „K-Tipp“ (Nr. 9, v. 5.5.2004, S. 14) bekamen sechs von acht Tonern wegen Schadstoffbelastungen mit krebserregenden Stoffen das Prädikat „ungenügend“.

In einer Falldarstellung der Fachzeitschrift *Allergy* (9/2003, S. 957) wurde über eine polnische Schulsekretärin (Nichtraucherin) berichtet, bei der zweifelsfrei der Nachweis geführt wurde, dass der Toner ihres Fotokopierers für ihren Dauerschnupfen und ihr Asthma verantwortlich war.

Schon 1995 hatte die US-Umweltbehörde festgestellt, dass Laserdrucker und Kopierer einen erheblichen Einfluss auf die Qualität der Innenraumluft besitzen können. In einer Prüfkammer wurden Versuchspersonen den Emissionen von Laserdruckern und Kopierern ausge-

setzt. Sie entwickelten Kopfschmerzen, Reizungen der Atemwege und der Augen.

Offizielle Reaktionen

Diese Erkenntnisse sucht man in den Veröffentlichungen der Berufsgenossenschaften vergeblich. Ex-Arbeits- und Sozialminister Dr. Norbert Blühm, hat in einer öffentlichen Erklärung im März dieses Jahres die Berufsgenossenschaften (Versicherungen) wegen ihres Umganges mit Chemikaliengeschädigten auf das Schärfste angegriffen (vgl. auch *Monitor* v. 22.7.04). Die Parallelen zum Umgang mit den Tonergeschädigten sind verblüffend. Das systematische Leugnen der Gefahren durch Toner ist unverantwortlich und skandalös. Es hat Problemlösungen verzögert und trägt zu weiteren Schädigungen von Menschen bei. >

Gesundheitsschäden durch bestimmte Toner sind ein unbestreitbarer Fakt und angesichts von Millionen Tonerexponierten allein in Deutschland eine Gefahr, die bisher völlig unterschätzt wird. Das Beweismaterial gegen bestimmte Hersteller ist erdrückend. Die in der Interessengemeinschaft Tonergeschädigter (ITG) zusammengeschlossenen Betroffenen werden über ihren Anwalt gemeinsam an die Hauptverursacher herantreten und ggf. rechtliche Schritte einleiten. Die massenhaften Schädigungen durch Toner werden nicht länger hingegenommen!

Aufgrund der zusammengetragenen und medizinisch gestützten Fakten hat das Bundesinstitut für Risikobewertung in Berlin offizielle Ermittlungen eingeleitet. Am 1. September fand ein Gespräch mit den Betroffenen und ihren Ärzten statt. Danach werden die Hersteller angehört und dann soll ein öffentliches Hearing folgen.

Forderungen

Auch die Verantwortlichen in der Polizei sind dringend gefordert, weitere Gesundheitsschäden durch Toner bei Polizeibeschäftigten zu verhindern. In Hamburg wird Kollegen auf

Wunsch der Laserdrucker sofort gegen einen Tintenstrahldrucker ausgetauscht. In Schleswig-Holstein hat die Arbeitsmedizin die Empfehlung gegeben, nur noch schadstoffkontrollierte Toner einzusetzen.

Die ITG ist überzeugt, dass sich das Problem technisch durch ein intelligenteres Produktdesign lösen lässt. Sie hat daher das Projekt „Sicher drucken“ (www.sicher-drucken.de) initiiert, um gemeinsam mit Fachärzten, Wissenschaftlern, anderen Fachleuten, Instituten und Unternehmen die wirkungsseitigen Hintergründe aufzudecken und die Entwicklung humanverträglicher Produkte zu ermöglichen. Leider fehlt es noch an finanzieller Un-

terstützung, um die notwendigen medizinischen Untersuchungen durchzuführen. Wie sinnvoll das ist, zeigt die Arbeit von Dr. med. Jürgen Palm, HNO-Facharzt und Allergologe aus dem Raum Nürnberg. Er konnte bei über drei viertel seiner Patienten mit Verdacht auf Tonerschädigung durch anerkannte allergologische Tests medizinisch den Nachweis führen, dass tatsächlich der Toner die Erkrankungen auslöst. Zudem fand er heraus, dass die Betroffenen besonders gegenüber Schwermetallen sensibilisiert sind, Schadstoffen also, die immer wieder in Tonern nachgewiesen wurden und die zudem nicht einmal notwendig sind, sondern vermeidbare Verunreinigungen.

Einzig sinnvoller Weg: Konsequent kein Toner-Kontakt

Fragen an den HNO-Arzt und Allergologen
Dr. med. Jürgen Michael Palm

Welche Beschwerden konnten Sie bei Ihren Patienten feststellen, die tatsächlich mit den Schadstoffen aus Tonern ursächlich zusammen hängen?

Bei insgesamt 17 Patienten fanden wir im Zeitraum 1/2003

bis 6/2004 ein Krankheitsbild, welches klassischerweise dem einer so genannten Typ I Allergie entspricht. Die Beschwerden traten nach Kontakt der Patienten mit bestimmten Tonern auf. Derzeit liegen uns 19 derartige

Empfehlung

Wer selbst ständig unter Schnupfen, Halsschmerzen, Husten, Asthma, Entzündungen der Augen oder der Haut leidet, sich abgeschlagen fühlt, als bekäme man eine Grippe und nicht weiß warum, sollte bedenken, dass es der Toner des Laserdruckers oder Kopierers sein könnte, der dafür verantwortlich ist. Bevor es zu schweren Folgen kommt, sollte die Sache unbedingt geklärt werden.

Die ITG ist gern behilflich (www.krank-durch-toner.de).

Hans-Joachim Stelling

Fälle vor. Die Beschwerden der Betroffenen entsprechen zunächst denen eines Heuschnupfens: Bindehaut- und Nasenschleimhautreizung mit behinderter Nasenatmung und/oder Fließschnupfen, Rachen- oder Kehlkopfschleimhautreizung bis hin zu tieferen Atemwegsbeschwerden. Auffällig ist, dass diese Beschwerden bei den genannten Patienten nicht nach Kontakt mit den klassischen Auslösern einer Typ I Allergie auftraten (Pollen, Milben, Tier-

epithelien), sondern in engem zeitlichen Zusammenhang mit eingeatmetem Tonerstaub. Die Beschwerden besserten sich während eines arbeitsfreien Wochenendes bzw. im Urlaub. Dies ließ uns vermuten, dass Toner-



HNO-Arzt, Allergologe und Laserschutzbeauftragter für medizinische Anwendungen
Dr. med. Jürgen Michael Palm.

staub die Ursache oder zumindest der Auslöser des Krankheitsbildes sei. Ungewöhnlich ist dies jedoch vor allem deshalb, weil von den Inhaltsstoffen im Toner bisher nicht bekannt war, dass sie das geschilderte Krankheitsbild auslösen können. So verursachen in Tonern enthaltene Schwermetalle (u. a. Nickel) zwar bei Hautkontakt eine so genannte (allergische) Typ IV-Reaktion. Diese äußert sich jedoch in einer Hauterkrankung. Neu ist aus unserer Sicht die Auslösung einer Atemwegserkrankung durch eingeatmete Schwermetalle in Form von Feinststäuben.

Wichtig ist mir festzustellen, dass unsere Arbeiten nur die Frage einer allergischen oder Unverträglichkeitsreaktion umfassen. Andere Aspekte, welche bei Kontakt mit Tonerstaub auftreten können, insbesondere die Frage nach möglichen toxischen Erscheinungen oder eine ggf. cancerogene (krebserzeugende) Wirkung wird von uns nicht bearbeitet, da wir als Allergologen, nicht als Toxikologen tätig sind.

Um welche Schadstoffe handelt es sich?

Wir gehen davon aus, dass das geschilderte Krankheitsbild insbesondere von Verunreinigungen des Toners durch Schwermetalle, wie Nickel, ausgelöst wird.

Wie sieht Ihre Untersuchungsmethode aus?

Wir verschaffen uns zunächst einen Eindruck von den Schleim-

häuten der oberen Atemwege mittels endoskopischer Verfahren (Nasenendoskop, Lupenlaryngoskop). Anschließend erfolgt allergologische Diagnostik mittels Pricktestung, Organprovokation (über die Nasenschleimhaut) und Epicutan-testung. Bei Bedarf führen wir auch serologische Untersuchungen durch, insbesondere wenn der Verdacht besteht, dass klassische Inhalationsallergene eine Rolle spielen.

Spielt die Dauer der Drucker-nutzung eine Rolle oder reicht es, kurzfristig mit dem Tonerstaub in Berührung zu kommen?

Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand kann bereits bei erstmaligem Kontakt mit Toner das oben geschilderte Krankheitsbild auftreten. Wir gehen davon aus, dass insbesondere solche Personen davon betroffen sind, bei denen bereits vor dem ersten Tonerkontakt eine Kontaktallergie gegenüber Schwermetallen vorlag. Insbesondere gegenüber Nickel ist in der Bevölkerung eine Sensibilisierung von ca. fünf Prozent bei Männern und bis über 20 Prozent bei Frauen bekannt, die wahrscheinlich auf die Verbreitung von Modeschmuck zurückzuführen ist. Dieser Personenkreis ist besonders gefährdet, wenn schwermetallhaltiger Staub eingeatmet wird. Ansonsten lassen unsere Zahlen darauf schließen, dass Personen, die zuvor nicht gegenüber Schwermetallen kontaktallergisch reagiert haben, durch inhalativen Kontakt mit schwermetallhaltigen Stäuben eine entsprechende Allergie entwickeln.

Welche Heilungschancen bestehen oder verschwinden die Symptome mit der Verbannung des Druckers?

Aus allergologischer Sicht ist der einzig sinnvolle Weg die Einhaltung konsequenter Karenz. Das bedeutet, dass keinerlei Kontakt mehr mit den auslösenden Stoffen gegeben sein darf. Die Zusammensetzung des Toners sollte beim Kauf beachtet werden. Dies ist jedoch schwierig, da die Hersteller ihre Rezepturen nicht offen legen. Gleichwohl scheinen einige Toner heu-

te bereits weniger schadstoffbelastet zu sein als noch vor einem Jahr. Als Notlösung bietet sich an, den Drucker in einem abgeschirmten Bereich zu betreiben, aus dem keine Luft in die Umgebung übertritt.

Wer sollte sich einem Test unterziehen? An wen kann man sich wenden?

Wenn nach Kontakt mit Tonerstaub die oben geschilderten Beschwerden auftreten, insbesondere wenn dies wiederholt geschieht, sollte zunächst der Hausarzt aufgesucht werden mit der Bitte um Überweisung an einen Allergologen/eine Allergologin.

*Das Gespräch führte
Marion Tetzner*

UMFRAGE

Wer verdient was?

Im Internet gibt's bald kostenlos Antwort auf diese Frage unter www.lohnspiegel.de. Der LohnSpiegel (oder auch GehaltSpiegel) ist Teil eines Projekts in neun europäischen Ländern. Es wird gefördert von der EU-Kommission. Vorbild ist die erfolgreiche holländische Website www.loonwijzer.nl.

Bevor aber Beschäftigte und sonst Interessierte im Internet erfahren können, wie viel in ihrer Branche und ihrem Beruf tatsächlich verdient wird, muss eine aussagekräftige Datenbasis geschaffen werden.

Diesem Ziel dient ein international abgestimmter Fragebogen, der ab Anfang November auf www.lohnspiegel.de online ausgefüllt werden kann. Je mehr das tun, desto schneller und vielfältiger kann der Einkommens-Check angelegt werden. Wer teilnimmt, kann attraktive Preise gewinnen. Und ist beteiligt am Aufbau einer Online-Auskunft, die es so in Deutschland noch nicht gibt.

Gefragt wird – natürlich anonym - u. a. nach dem Entgelt, nach Arbeitsstunden, Wegezeit, Beschäftigungsverhältnis, Alter, Geschlecht, Familienstand, Ausbildung, Branche, Beruf und Tätigkeit. So entsteht nach und nach eine aktuelle, transparente und verlässliche Quelle an Informationen, die sich zudem wissen-

schaftlich auswerten lässt – z. B. zur Frage, ob Frauen bei gleichen Tätigkeiten so viel verdienen wie Männer, wie die Ausbildung sich auf den späteren Beruf auswirkt oder welche Branchen in den beteiligten Ländern sich an Tarifverträge halten.

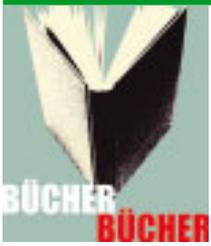
Projekt in neun Ländern

An dem internationalen Projekt sind Forschungsinstitute und Gewerkschaften aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien beteiligt. Wissenschaftlich geleitet wird es vom Institute of Advanced Labour Studies der Universität Amsterdam.

Weitere Infos gibt es im Internet unter:
www.wageindicator.org

In Deutschland wird www.lohnspiegel.de der erste Einkommens-Check im Internet sein, der alle Branchen umfasst und ohne Kosten allen Interessenten offen steht. Das Vorhaben wird hierzulande getragen vom Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, wissenschaftlich begleitet wird es vom WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Eine ausdrückliche Empfehlung kommt von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf.

Hermann Schmid



Entscheiden in kritischen Situationen

Kritische Situationen stellen außergewöhnlicher Herausforderungen an Entscheider. Auf der einen Seite verlangen sie schnelles und entschlossenes Handeln, auf der anderen Seite stecken sie voller Unbestimmtheit, erfordern umfangreiche Information, kritische Analyse und exakte Vorhersagen. In diesem Band setzen sich Spezialisten aus verschiedenen Feldern mit dem Entscheiden in kritischen Situationen auseinander und diskutieren u. a.:

- Beispiele für eskalierende und nichteskalierende kritische Situationen
- Hintergründe und Ursachen von Fehlern und Schwierigkeiten
- Verfahrensvorschläge für den Umgang mit kritischen Situationen
- Trainingskonzepte

Zielgruppe: Notfallmanager und Personalentwickler in der chemischen Industrie, Luft- und Seefahrt, in der öffentlichen Verwaltung und anderen Sektoren; Führungskräfte bei der Feuerwehr und der Polizei; Personalberater und Organisationsentwickler; Psychologen, Soziologen und Fachleute verwandter Disziplinen.

Stefan Strohschneider: Entscheiden in kritischen Situationen, Verlag für Polizeiwissenschaft, 167 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 3-935979-14-2

Berliner Kriminalistenalltag in den Goldenen Zwanzigern

Für alle Berlinbesucher gibt es nun den etwas anderen Guide durch die Hauptstadt: Einen

kriminalthistorischen Streifzug durch die Straßen und Hinterhöfe Berlins unternimmt Regina Stürickow in ihrem neuen Buch „Mörderische Metropole Berlin“. Die gebürtige Berlinerin führt die Leser ins Milieu der „Unterwelt“, in einschlägige Kaschemmen und düstere Stadtviertel der Jahre 1914 bis 1933. Die schlechte Versorgungslage bestimmt den Alltag. Verbrechen sind an der Tagesordnung. Die Opfer sind in erster Linie Frauen, die jetzt die Positionen ihrer im Schlachtfeld kämpfenden oder gefallenen Männer übernehmen müssen. Von Morden an Kneipenwirtinnen und Kolonialwarenhändlerinnen berichten die Zeitungen fast täglich.

In den Kriegsjahren treten jedoch auch erstmals die Schwächen der kriminalpolizeilichen Arbeit hervor. So stehen in den zwanziger Jahren wichtige Reformen an, denn gerade diese Zeit hat ihre spezifischen Verbrechen: In den Inflationsjahren sind insbesondere amerikanische Touristen Opfer von Überfällen.

Mit ihren kurzweiligen Gerichtsberichten nimmt die Historikerin und Krimiautorin die Leser mit auf eine spannende Zeitreise und bietet dabei gleichzeitig ein kleines Gesellschaftsportrait der Berliner „Unterwelt“.

Regina Stürickow: Mörderische Metropole Berlin – Kriminalfälle 1914 – 1933, 192 S., Hardcover, 14,80 Euro [D], ISBN 3-86189-708-3

Sondereinheit Jaguar

Die „Arbeitsgruppe JAGUAR“ ist seit zehn Jahren als Sondereinheit der Wiesbadener Polizei für die Bearbeitung von Jugendkriminalität zuständig.

Die Autorin ist Mitglied dieser Sondereinheit und gibt hier ihre Erlebnisse wieder. So lässt sie die Jugendlichen z. B. im Rahmen von Vernehmungen selbst erzählen, wobei ihr eine lebendige und spannende Darstellung

der Dinge gelingt – ein tiefer Einblick in die Tiefen unserer Gesellschaft.

Haben Eltern, Gesellschaft und Politik an unserer jungen Generationen versagt? Diese Frage wird sich der Leser stellen müssen, wenn er in die Schicksale der betroffenen Kinder und Jugendlichen eintaucht.

Sondereinheit Jaguar – Im Kampf gegen jugendliche Gewalt, projekt verlag, 269 Seiten, 15 Euro, ISBN 3-937027-79-3

Altersteilzeitgesetz

In der vollständig aktualisierten Neuauflage zum Altersteilzeitgesetz sind die einschneidenden, ab 1.7.2004 geltenden Änderungen des Altersteilzeitgesetzes umfassend erläutert. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Einführung des so genannten Regelarbeitsentgelts. Ein besonderes Kapitel ist der neuen Insolvenzregelung gewidmet.

Anhand von Beispielen werden komplexe Sachverhalte verständlich dargestellt. Der Praktiker erhält so wertvolle Handlungsanleitungen.

Thomas Kovács, Ronald Koch: Das neue Altersteilzeitgesetz, Ein Leitfaden für die Praxis, 448 Seiten, Stand 1.7.2004, Fachhochschulverlag, www.fhverlag.de, 2-farbig, 25 Euro

Polizeiethik – Handbuch

Die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben erfordert immer wieder neue Entscheidungen, die eine hohe fachliche und menschlich-moralische Kompetenz voraussetzen. Zu dem haben diese Entscheidungen weit reichende, zum Teil irreversible Folgen für die betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten und die Gesellschaft. Die Bewältigung komplexer Situationen durch die Polizei löst außerdem vielfach ein unterschiedliches Echo in der Öffentlichkeit aus. Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit einer polizeilichen

Berufsethik. Diese 1920 in Bayern und 1924 in Preußen eingeführten ethischen Regelungen gewinnen in Zeichen des europäischen Integrations- und weltweiten Globalisierungsprozesses zunehmend an Bedeutung.

In dem Handbuch werden die ethischen Bezüge aller aktuellen Einsatzfelder erörtert, z. B. Wach- und Wechseldienst, Frauen und Männer in der Polizei, Migration und Polizei, Rauschgiftkriminalität, Geiselnahmen, Entführung, Amok und Terrorismus. In den über vierzig Themenbereichen überträgt der Autor moderne wissenschaftliche Erkenntnisse auf die polizeiliche Praxis und zeigt stringente Lösungsansätze auf.

Dr. Siegfried Franke (Dozent für Berufsethik an der Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup), Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG 2004, 320 Seiten, 28 Euro, ISBN 3-415-03212-4

Krimi mit Blick auf die Opfer

„... und nichts bleibt, wie es einmal war...“ hat Siegfried Lindhorst seinen ersten Roman betitelt. Das Buch handelt von Tätern, die eine enorme Brutalität auch gegen wehrlose alte Menschen zeigen. Doch nicht nur die Arbeit der Polizei wird in diesem Buch realitätsnah beschrieben. Besonderen Wert legt Lindhorst auf die Situation von Verbrechenopfern. Er zeigt, was mit diesen Menschen nach einer Tat geschehen kann.

„Die Opferhilfsorganisation WEISSER RING versucht, diese Situation zu lindern. Deshalb werde ich aus dem Erlös eines jeden Buches einen Euro an diese Organisation spenden“, erklärt der Autor, der das Metier, über das er schreibt, aus dem Eff-Eff kennt: Er ist seit fast drei Jahrzehnten in einer Mordkommission tätig.

„... und nichts bleibt, wie es war...“, Siegfried Lindhorst, BoD GmbH, Norderstedt, 106 Seiten, 7,80 Euro (D), ISBN 3-8334-0312-8